

## Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

13. Sitzung vom 17. September 2007 • von 18.00 bis 20.30 Uhr • Casino Wohlen

---

- Vorsitz:** Arthur Fischer, Präsident
- Protokollführung:** Peter Hartmann, Gemeindeschreiber
- Präsenz:**
- Einwohnerrat (bis 18.20)**  
34 Mitglieder des Einwohnerrates  
Absolutes Mehr: 18  
Zweidrittelsmehr: 23
  - Einwohnerrat (ab 18.20)**  
35 Mitglieder des Einwohnerrates  
Absolutes Mehr: 18  
Zweidrittelsmehr: 24

### **Gemeinderat**

Dubler Walter, Gemeindeammann  
Külling Harold, Vizeammann  
Becker Doris, Gemeinderätin  
Huwiler Paul, Gemeinderat  
Jauslin Matthias, Gemeinderat  
Müller Christian, Gemeinderat  
Schürmann Toni, Gemeinderat

### **Weitere Anwesende**

Bossert René, Leiter Informatik

Ryter Werner, Bauverwalter

**Entschuldigungen**

Bächer Andi

Baur Angelika

Gfeller Konrad

Ludl Elmar

Schmid Tomi

Betschart Daniela, Gemeindeschreiber-Stv.

**Verspätung mit Entschuldigung**

Stefan Suter

## Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 11065 betr. Bewilligung eines Verpflichtungskredits von brutto Fr. 11'300'000.—für Umbau und Erweiterung der Heilpädagogischen Schule (HPS) Wohlen
3. Bericht und Antrag 11058 betr. Kreditbewilligung von Fr. 350'000.- für eine Systemumstellung im Bereich EDV
4. Bericht und Antrag 11057 betr. Revision der Gebührenordnung des Bestattungs- und Friedhofsreglements der Gemeinde Wohlen
5. Motion 11042 für die Weiterprojektierung der „Tempo-30 Zonen“
6. Anfrage 11048 betr. Legislaturprogramm
7. Postulat 11053 betr. Bewilligung öffentlich zugänglicher Veranstaltungen
8. Anfrage 11054 betr. Anwalt und Sozialvorsteher Harold Külling
9. Motion 11056 betr. Reduktion der Schulpfleger-Honorare
10. Postulat 11067 zur Vermeidung eines Unfallrisikos auf dem Isler-Areal

91            0.011.5      Einwohnerrat; Eingänge und Mitteilungen  
Eingänge und Mitteilungen

Fischer Arthur, Präsident: Eröffnet die Sitzung und begrüsst die Anwesenden.

Seit der letzten Sitzung verzeichnete der Einwohnerrat folgende Eingänge:

- Bericht und Antrag 11066 betr. Genehmigung des Vorvertrags zum Abschluss eines Kaufvertrages zwischen der Einwohnergemeinde Wohlen und der Feldmann-Immobilien AG
- Dringliches Postulat zur Vermeidung des Unfallrisikos auf dem Isler-Areal von Peter Tanner
- Bericht und Antrag 11065 betr. Bewilligung eines Verpflichtungskredits von brutto Fr. 11'300'000.— für Umbau und Erweiterung der Heilpädagogischen Schule (HPS) Wohlen
- Heute habe ich das Rücktrittsschreiben von Elmar Ludl der Finanzkommission erhalten. Letzte Woche teilte er mir dies bereits mündlich mit. An der nächsten Sitzung möchten wir die Nachfolge regeln bzw. wählen.
- Sie erhielten eine Einladung der Spitex. Am nächsten Samstag findet um 10.00 Uhr in den Räumlichkeiten der AKB eine Orientierung über ihre Arbeit statt, was übrigens auch ein Teil des Budgets ist. Ich lade Sie ein teilzunehmen, um der Spitex-Organisation die Referenz zu erweisen.
- Sie erhielten eine Einladung zur Jungbürgerfeier am 19. Oktober 2007 an der Kantonsschule. Auch dort würde es mich freuen, wenn ein paar KollegInnen anwesend wären.

Zwei unserer Gemeinderäte haben nun eine Information für Sie.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Ich darf Sie darüber informieren, dass der Gemeinderat Wohlen und der Gemeinderat Dottikon einen Gemeindevertrag betreffend Übernahme der gesetzlichen Feuerwehroleistungen durch die Feuerwehr Wohlen für die Gemeinde Dottikon unterzeichnet

haben. Der Vertrag tritt vorbehaltlich der Genehmigung durch die Gemeindeversammlung Dottikon am 01.01.2008 in Kraft. Der Vertrag beinhaltet die Übernahme der gesetzlichen Feuerwehrleistungen durch die Feuerwehr Wohlen für die Gemeinde Dottikon. Die Gemeinde Dottikon entgeltet diese Leistung im Rahmen des jährlichen Aufwandes und der Amortisation von Investitionen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl sowie einem Verwaltungsanteil. Die Gemeinde Dottikon wird ihre Feuerwehr auflösen. Zirka 20 Männer werden zur Feuerwehr Wohlen übertreten. Ich danke allen, insbesondere der Feuerwehr Wohlen, aber auch der Feuerwehr Dottikon und den einzelnen Arbeitsgruppen für die konstruktive Mitarbeit, welche das Gelingen dieses Vertrages ermöglicht hat. Der Vertragsabschluss wird morgen auch in der Presse zu lesen sein. Danke.

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Ich darf Sie ebenfalls aus dem Gemeinderat betr. Pensionskasse informieren. Unser Gemeindepersonal ist seit 1993 in der beruflichen Vorsorge bei der APK versichert. Wie Sie wissen, hat der Grosse Rat ein Dekret beschlossen, welches am 01.01.2008 in Kraft tritt. Die wichtigsten Änderungen sind die Ausfinanzierung der Deckungslücke, Wertschwankungsreserven und der wichtigste Punkt ist der Wechsel des Leistungsprimats zum Beitragsprimat. Durch das Inkrafttreten dieses Dekrets wird die APK in eine selbständig öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt. Die Leistungsgarantie entfällt mit dem Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat bei allen Anbietern und die Beiträge werden in jedem Fall für sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter höher sein. Der Gemeinderat hat für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Offerten von anderen Pensionskassen eingeholt und durch unabhängige Berater prüfen lassen. Aufgrund dieser Analyse sieht der Gemeinderat zwei Möglichkeiten. Entweder der Verbleib bei der Aargauischen Pensionskasse oder den Wechsel zur Profond Vorsorgeeinrichtung. Aufgrund der grossen Differenzen der Beiträge – auch für die Versicherten – kam der Gemeinderat zum Entschluss, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit haben sollen, über diesen Kassenwechsel abzustimmen. Ein Wechsel ist nur mit Zustimmung der Versicherten möglich. Der Gemeinderat beantragt seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, einem Wechsel zur Profond zuzustimmen. Der Gemeinderat hat seine Mitarbeiter am letzten Freitag diesbezüglich schriftlich informiert. Durch die Finanzverwaltung werden zur Zeit persönliche Leistungsblätter pro Mitarbeiter zusammengestellt, so dass alle Versicherten die Möglichkeit haben, ihre Leistungen und ihre Zahlen zwischen APK und Profond vergleichen zu können. Am 25. September 2007 findet eine Mitarbeiter-Informationsveranstaltung hier im Casino statt. Anlässlich dieser Veranstaltung besteht für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, die für sie offenen Fragen von den Spezialisten dieser zwei Kassen beantworten zu lassen. Anschliessend wird das Personal über einen Kassenwechsel abstimmen. Sollte das Personal zustimmen, wird die Gemeinde Wohlen ihr Personal ab dem Jahr 2008 bei der Profond versichern. Wir werden Sie weiter informieren, damit Sie auf dem neuesten Stand sind bezüglich Pensionskasse. Danke.

**Dringliches Postulat 11067 zur Vermeidung eines Unfallrisikos auf dem Isler-Areal**

Fischer Arthur, Präsident: Wir kommen jetzt zum Dringlichen Postulat zur Vermeidung des Unfallrisikos auf dem Isler-Areal von Peter Tanner und dem Initiativkomitee Isler-Park. Wir müssen vorab über die Dringlichkeit befinden nach § 44 des Geschäftsreglements. Hier benötigen wir eine Zweidrittelsmehrheit. Ich bitte den Postulant, Peter Tanner, kurz die Dringlichkeit zu begründen.

Tanner Peter, SVP: Für uns ist die Dringlichkeit klar gegeben. Solche Gefahren auf der gemeindeeigenen Wiese können nicht weiter einfach hingenommen werden. Wir danken für die Unterstützung der Dringlichkeit.

Walter Dubler, Gemeindeammann: Wir bitten Sie, die Dringlichkeit zu beschliessen.  
Abstimmung

Der Einwohnerrat stimmt der Dringlichkeit des Postulats 11067 mit grosser Deutlichkeit zu.

Das Postulat wird am Schluss der Sitzung behandelt.

*Während der Abstimmung ist Stefan Suter, SP, eingetroffen.*

**Bericht und Antrag 11065 betr. Bewilligung eines Verpflichtungskredits von brutto Fr. 11'300'000.— für Umbau und Erweiterung der Heilpädagogischen Schule (HPS) Wohlen**

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Der Bericht und Antrag ist der GPK inhaltlich und terminlich korrekt zugestellt worden. Dazu besten Dank an die Vorsteherin Doris Becker, welche von Gemeindeammann Walter Dubler an der GPK-Sitzung vertreten wurde, besten Dank auch der Bauverwaltung, in diesem Fall Daniel Hofmann und am Werner Ryter (Bauverwalter), und ebenso besten Dank an die Batimo AG, Herr Peter Trost. Ebenso besten Dank an alle im Hintergrund, die dazu beigetragen haben, dass dieses Projekt im Zeitplan liegt. Im Zeitplan heisst, die Vorlage wird nach der heutigen Einwohnerratssitzung dem Wohler Stimmbürger noch in diesem Jahr, am 25. November, zur Abstimmung vorgelegt. Die Vorlage steht unter einem guten Stern. Bereits der Rahmenkredit für die Planung wurde von der GPK und vom Einwohnerrat einstimmig angenommen. Dem Vorprojekt haben die Fachstellen von Bund und Kanton am 4. Juli ebenfalls zugestimmt. Die Zeit drängt. Bis Ende 2007 muss ein genehmigtes Projekt vorliegen, ansonsten die Bundessubventionen von ungefähr Fr. 2.6 Mio. verloren gingen. Mit der Inkraftsetzung des neuen Finanzhaushaltes zwischen Bund und Kantonen (NFA) auf Anfang 2008 zieht sich der Bund von der Finanzierung der Sonderschulen zurück.

Die GPK hat an sich an ihrer Sitzung vom 30. August 2007 auf die wesentlichen Punkte konzentriert. Dass heisst die Bedürfnisse und das Raumprogramm wurden nicht mehr hinterfragt oder nochmals geprüft. Die grundlegenden Aussagen sind mit Bericht und Antrag der GPK, im Zusammenhang mit dem Rahmenkredit für die Planung vom 15. Januar 2007, ausführlich erfolgt.

Die wichtigsten Punkte:

### **Projekt**

Minergiestandard ist eingeplant und sollte erreicht werden. Ein Vorbehalt besteht bezüglich der Heizung, welche ausserhalb des HPS-Projektes liegt. Der Standard wird nur mit einer Gas- oder Holzschneitzelheizung erreicht. Im Um- und Anbau ist eine universelle Gebäudeverkabelung eingerechnet. Die neue Erdbebennorm ist berücksichtigt.

### **Raumprogramm**

Das Raumprogramm ist gemäss den heutigen Bedürfnissen angepasst, abgestimmt mit dem Nutzer und stimmt mit dem Kostenvoranschlag überein. "Man weiss was man will". Dementsprechend sind die Projektgrundlagen am 23. August 2007 Bund und Kanton zur Prüfung und Subventionsberechnung abgeliefert worden. Gemäss Vorabklärungen bei den Fachstellen liegt eine Subventionszusicherung vor. Die effektive Höhe ist noch nicht bekannt und wird berechnet.

### **Kosten**

Es liegt gegenüber dem Vorprojekt (Basis Vergabe Generalplaner) vom Januar 2007 mit Fr. 9.6 Mio., und dem vorliegenden überarbeitenden Projekt ein doch erheblicher Kostenanstieg von Fr. 1.7 Mio. auf Fr. 11.3 Mio. vor. Wir haben dies abgeklärt und es resultierte Folgendes:

### **Mehrkosten**

Provisorien	Fr.	100'000.--
Baugrund	Fr.	300'000.--
Schadstoffsanierung	Fr.	60'000.--
Deckenverkleidung Gips	Fr.	110'000.--
Aula Anpassung	Fr.	80'000.--
<b>Total</b>	<b>Fr.</b>	<b>650'000.--</b>

Der Restbetrag von Fr. 1'050'000.-- ist aufgrund der Marktsituation entstanden. Dies heisst, das Projekt als solches ist unverändert, es liegen keine Mehr- oder Zusatzbestellungen vor. Diese Kosten basieren auf erfolgten Ausschreibungen, ungefähr 2/3 der Arbeiten wurden als Berechnungsbasis ausgeschrieben und mit Unternehmerofferten hinterlegt.

### **Reserve**

Im beantragten Verpflichtungskredit von Fr. 11.3 Mio. sind vom Generalplaner, der Batimo AG, ca. Fr. 300'000.-- als offene Reserve ausgewiesen. Dies ist eine geringe Reserve in Anbetracht der Bausumme und der Tatsache, dass es sich um einen Um- und Neubau handelt. Aufgrund der genauen Angaben und der noch vorhandenen Optimierungsmöglichkeiten in der Ausführungsphase infolge Materialwahl, sind allenfalls Einsparungen (Kredite) möglich. Gesamthaft sollte der Kredit, vorausgesetzt es folgen keine Zusatzbestellungen seitens der Bauherrschaft, ausreichen.

### **Ausführung**

Das Vorgehen betreffend Ausführung, Generalunternehmer oder traditionelle Bauweise, ist noch nicht bestimmt. Mit der Zusage des vorhandenen Generalplaners, der Batimo AG, könnte sich die Bauherrschaft, mit öffentlicher Ausschreibung und Auswahl eines Generalunternehmers nicht nur eine Vereinfachung sondern sogar Vorteile schaffen. Dazu wäre es allerdings sinnvoll, wenn das Bauleitungsmandat beim Generalunternehmer wäre.

### **Allgemeines**

Ein Neubau auf grüner Wiese wäre nach vorliegendem Raumprogramm nicht kostengünstiger. Hinzu käme der Landerwerb und die Tatsache dass ein Hauptvorteil verloren ginge: Integration in der bestehenden Hauptschule im Junkholz! Das Baubewilligungsverfahren ist eingeleitet und es ist zu hoffen, dass aufgrund der bisherigen politischen Einstimmigkeit zum Projekt HPS keine Einsprachen erfolgen werden.

### **Unterkellerung / zusätzlich Staufläche:**

Die nicht geplante und im Raumprogramm der HPS nicht enthaltene Unterkellerung des Anbaugebäudeteiles gegen die Regelschule wurde bereits im 9-köpfigen begleitenden Ausschuss ausführlich diskutiert. Dem war auch in der GPK so. Aufgrund der ausgewiesenen Kosten für die Unterkellerung (Fr. 400'000.-- bis 700'000.--) sowie der Tatsache, dass die Unterkellerung nicht im Raumprogramm enthalten ist und somit ohne Subventionen direkt von der Gemeinde übernommen werden müsste, ist die Unterkellerung im Moment nicht vorgesehen. Dazu müsste der Nutzungsbedarf klarer aufgeführt werden. Damit der zeitlich sehr gedrängte Ablauf des Projektes nicht unnötig gestoppt wird, ist dringend abzuraten, heute Abend über diese Unterkellerung im Rat zu debattieren. Diese bauliche Zusatzleistung kann nach erfolgter Finanzierungszusage (Zusatzkredit zu Lasten Gemeinde) bis Ende Januar 2008 in Auftrag gegeben werden.

### **Zusammenfassend**

Das Raumprogramm ist abgestimmt, definiert und stimmt mit dem beantragten Verpflichtungskredit (nicht KV) überein. Das heisst die Umsetzbarkeit in dem angegebenen Kreditrahmen ist, ohne Veränderungen und Zusatzbestellungen am HPS-Projekt, möglich. Der Bedarf ist ausgewiesen, die Finanzierbarkeit ist gegeben, die Behörden Bund und Kanton befürworten das Projekt und zu guter Letzt werden die Menschen die die HPS besuchen, dankbar sein.

### **Abstimmung**

Die GPK hat am 30. August 2007 dem Verpflichtungskredit gemäss den genannten Ausführungen einstimmig zugestimmt und empfiehlt dem Einwohnerrat, dem Bericht und Antrag 11065 betr. Bewilligung eines Verpflichtungskredits von brutto Fr. 11'300'000.-- (inkl. MwSt. / indexgebunden 1. April 2007) für Umbau und Erweiterung der Heilpädagogischen Schule Wohlen, zugestimmt.

Becker Doris, Gemeinderätin: Ich danke den GPK-Mitgliedern für die Zustimmung zur Vorlage und Herrn Thomas Unteregger für seine Ausführungen. Im Einwohnerrat wird ja nicht das erste Mal von der HPS geredet: Sie sind mit diesem Geschäft vertraut und haben bis jetzt wohlwollend begleitet und unterstützt. Der Umbau und die Erweiterung der HPS wird uns ermöglichen, die ins Remada-Gebäude ausquartierten Kinder wieder zurück zu holen. So können in Zukunft alle wieder gemeinsam in adäquaten Räumlichkeiten unterrichtet und betreut werden. Thomas Unteregger hat es bereits erwähnt, das Bedürfnis ist ausgewiesen und unbestritten.

Schon am 8. März hat die Bauverwaltung die vom Bauvorhaben betroffene Nachbarn eingeladen und sie über das Projekt informiert. Es ist von den Leuten geschätzt worden, und ihre Wünsche und Anliegen haben wir dann auch in der Planung weitgehend berücksichtigt.

In der Arbeitsgruppe haben Gemeinderat Paul Huwiler, je ein Vertreter der Schulpflege, die HPS sowie 2 Baukommissionsmitglieder mitgearbeitet. An insgesamt 9 Sitzungen ist das Projekt, zusammen mit der Bauverwaltung und den Architekten, aufgegleist und begleitet worden.

Dieses Jahr ist der Finanzplan – wunschgemäss – nicht erst zusammen mit dem Voranschlag, sondern erheblich früher erstellt worden. Dies hat dazu geführt, dass für den Umbau und die Erweiterung der HPS 9.67 Millionen im Finanzplan aufgenommen worden sind. Der Betrag also, welcher zu jenem Zeitpunkt verfügbar war. Es hat sich dabei um die Kostenschätzung vom Vorprojekt gehandelt. Einfach ausgedrückt, um die Schätzung über das Volumen, multipliziert mit dem durchschnittlichen m<sup>3</sup>-Preis.

Ob dies momentan noch der gängigen Praxis entspricht, entzieht sich meiner Kenntnis. An der Höhe des heute vorliegenden Kreditbegehrens ändert dies aber nichts.

Es war uns aber schon bewusst, dass sich der zum Zeitpunkt der Erstellung des Finanzplans vorliegende Betrag verändern würde. Gefehlt hat noch einiges, Thomas Unteregger hat bereits einiges erwähnt. Z.B. das Resultat der Baugrunduntersuchung mit der entsprechend finanziellen Auswirkung und des Umfangs der Schadstoffsanierung, d.h. wie hoch die Kosten der Entsorgung sein werden. Auch die Anschlussgebühren mussten noch angepasst werden. Die gute Konjunkturlage hat sich ebenfalls preissteigernd ausgewirkt. Der Gemeinderat hat zudem immer wieder betont, dass ein sehr enger Zeitrahmen vorgegeben ist. Wir haben uns alle bemüht, und ich bedanke mich bei diese Gelegenheit herzlich bei den Mitgliedern der Arbeitsgruppen, welche engagiert mitgearbeitet haben.

Der jetzt vorliegende KV ist gemäss der Aussage des Architekten zu 2/3 mit Unternehmerofferten hinterlegt, somit sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Der KV hat also einen hohen Detaillierungsgrad.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zu der kommenden – wohl vorerst freiwilligen – Tagesstruktur an der Volksschule: Die Arbeitsgruppe hat die Überlegungen schon während der Planung mit einbezogen, ganz besonders bezüglich dem Standort und der Kapazität der HPS-Küche und der benötigten Lagerfläche samt Kühlraum. Das BKS hat das Vorgehen übrigens ausdrücklich begrüsst.

Zum jetzigen Zeitpunkt werden in der HPS maximal 75 Personen verpflegt. Die geplante Gastro-Küche ist so ausgelegt, dass bei Bedarf bis zu maximal 180 Leute mit einem einfachen Mittagessen versorgt werden können.

Sie haben es im Bericht und Antrag bereits gesehen, es wird mit brutto 11,3 Millionen Anlagekosten und Beiträgen in der Höhe von ungefähr 4 Millionen gerechnet. Die Gemeinde Wohlen muss die Investitionen lediglich vorfinanzieren.

Der Gemeinderat bittet Sie, den Verpflichtungskredit von brutto 11,3 Millionen Franken zu genehmigen und dankt Ihnen dafür.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Die Fraktion EVP und Freis Wohle stellen sich einstimmig hinter den Verpflichtungskredit. Der heute fehlende Raum kann optimal an das bestehende Gebäude angegliedert werden. Es entsteht neu eine geschützte Pausenhofsituation und die Nachbarsliegenschaften sind so vom Lärm besser geschützt. Die Gebäudehülle und die Gebäudetechnik werden so konzipiert, dass der Minergiestandard erreicht werden kann. Ideal wäre es, wenn eine Holzschnitzelheizung für die Beheizung der gesamten Junkholz-Anlage eingesetzt werden könnte. Denn die Sanierung der bestehenden Heizung ist unumgänglich. Weil der Bedarf für eine Unterkellerung nicht ausgewiesen ist, sollte darauf aus zwei Gründen verzichtet werden. Erstens könnten Kosten eingespart werden und zweitens wird auch die Umwelt geschont, weil im Beton für die Unterkellerung viel graue Energie steckt. Die für die HPS benötigten Lagerräume können angrenzend an die Schulzimmer realisiert werden. Sind wir doch ehrlich: In weit entfernten Kellerräume, lagert meistens nur Material, das hätte entsorgt sein müssen. Wir danken dem Gemeinderat und insbesondere der Gemeinderätin Doris Becker sowie dem begleitenden Ausschuss, dass dieses Projekt zügig vorangetrieben werden konnte. Damit die zugesicherten Bundessubventionen nicht verloren gehen, muss das Projekt noch in diesem Jahr alle politischen Hürden und inklusiv Volksabstimmung nehmen. Darum ist es wichtig, dass wir heute zustimmen.

Gregor Ariane, CVP: Die Fraktion der CVP ist hoch erfreut über das schnelle Handeln und Planen dieses grossen Projektes. Dafür möchten wir uns speziell bei Gemeinderätin Doris Becker aber auch bei allen Mitwirkenden ihrer Belegschaft bedanken.

Ein Verpflichtungskredit über 11 Millionen muss sorgsam geprüft werden, auch wenn die Steuerzahlenden von Wohlen - respektive die Gemeinde - die Investition nur vorfinanzieren müssen und die laufende Rechnung somit nicht zusätzlich belastet wird.

Die Eingliederung des neuen Schulhaustraktes in die bestehende Baute zur Bünz ist sehr gelungen. Für die Anwohner zur Ostseite erwirkt diese Planung sicher eine erfreuliche Eindämmung des Lärmes während den Pausen. Dem Charakter der Integration zur Regelschule wird in Zukunft noch mehr Rechnung getragen, da teils Räume polyvalent nutzbar sind und so Synergien genutzt werden können.

Die CVP Fraktion ist aber erstaunt über die Höhe des Verpflichtungskredites. Die erste bezifferte Zahl war 7 Mio., danach das Vorprojekt mit Kostenschätzung von 9,6 Mio. und jetzt das effektive Projekt von 11,3 Mio.

Wie wir erfahren haben, setzen sich die Mehrkosten zusammen aus diversen Posten wie Schadstoffentsorgung, Miete fürs Provisorium, Baugrundabklärungen, Deckenverkleidungen und Infrastrukturanpassungen. Aber auch, weil im Vorprojekt aus Zeitgründen nur mit Kubikmeterpreisen gerechnet wurden. Jetzt beim effektiven Projekt sind 2/3 der Richtofferten als gesichert zu betrachten.

Der Raumbedarf der HPS ist mit dem Neubau gedeckt. Aus den Plänen ist ersichtlich, dass nicht alle Räume unterkellert sind. Ein Teil der CVP Fraktion meint, dass auch der Zwischenbau unterkellert werden könnte, was aber im Gegensatz zum übrigen Bau voll und ganz zu Lasten der Einwohnergemeinde gehen würde.

Ich bin überzeugt, dass die Gemeinde Wohlen um ein weiteres Bijou reicher wird. Die Fraktion der CVP steht voll und ganz hinter diesem Grossprojekt und hofft sehr, dass der gesamte Einwohnerrat ein Zeichen setzt für eine HPS mit Standort Zentrumsgemeinde Wohlen.

Meier Regula, FDP: Die FDP Fraktion steht einstimmig hinter diesem Antrag. Es scheint uns auch sehr wichtig, dass diesem ehrgeizigen Zeitplan keine Steine in den Weg gelegt werden und mit der heutigen Genehmigung kann es dann vor das Volk. Die Mehrkosten wurden uns plausibel erklärt und wir danken allen Beteiligten an diesem Grossprojekt.

With Corinne, SP: Ich gebe die Fraktionsmeinung der SP Eusi Lüt und Grüne bekannt. Wir möchten dem Gemeinderat unsere Anerkennung für die gute Planung, welche unter dem enormen Zeitdruck entstanden ist, aussprechen. Es ist ein gutes Projekt, multifunktionell und erst noch ein Minergiebau. Wir finden einzig den Anstieg der Kostenentwicklung von 7,5 auf 11,3 Mio. nicht so erfreulich. Wir haben nun zwar gehört weshalb. Wenn es dann auch bei diesen 11,3 Mio. bleibt, können wir dies gut vertreten. Wir danken dem Gemeinderat für seine Arbeit und schätzen sehr, dass die HPS Wohlen ein neues Gesicht erhält und wir werden diesem Projekt sicher zustimmen.

Gallati Jean-Pierre SVP: Auch die SVP stimmt diesem Bericht und Antrag zu. Wir haben ja auch bereits im Frühling der Motion der CVP zugestimmt und wir hatten schon Angst bekommen, es käme der Vorwurf, dass wir eine JA-Sager-Partei seien. Aber wir stehen mit Überzeugung hinter diesem Bericht und Antrag. Wir möchten bereits an dieser Stelle davor warnen, dass der Gemeinderat später wieder mit Zusatzbegehrllichkeiten kommt. Nicht weil wir etwas gegen die Schule hätten, welche die Begehrllichkeiten stellt, sondern weil wir wegen den Finanzen Angst und Befürchtungen haben. Abschliessend noch ein Wunsch an den Gemeinderat. Das ist ja eine Motion, die sehr schnell bearbeitet worden ist, was auch positiv ist. Es gibt auch andere Motionen, die weniger schnell bearbeitet worden sind. Es gibt eine Motion, die hat vielleicht auch eine Einladung zur Jungbürgerfeier bekommen, sie ist nämlich jetzt genau 18 Jahre alt geworden. Wir möchten den Gemeinderat zukünftig bitten, auch die anderen Motionen gleich schnell wie diese zu behandeln.

## Abstimmung

Der Einwohnerrat stimmt dem gemeinderätlichen Antrag

1. *Für den Umbau und die Erweiterung der Heilpädagogischen Schule (HPS) Wohlen sei ein Verpflichtungskredit von brutto Fr. 11'300'00.— (indexgebunden 1. April 2007) zu bewilligen.*
2. *Die Motion 11007 betr. Neubau oder Erweiterung der Heilpädagogischen Schule (HPS) Wohlen sei als erledigt abzuschreiben.*

einstimmig zu.

**Bericht und Antrag 11058 betr. Kreditbewilligung von Fr. 350'000.- für eine Systemumstellung im Bereich EDV**

Gregor Ariane, CVP: Mit diesem komplexen Thema befasste sich die GPK an ihrer Sitzung vom 30. August 2007. Die fünf anwesenden GPK Mitglieder sind alles keine Cracks was Computer anbelangt. Unsere Prüfung dieses Projektes basiert auf der absolut kompetenten Erläuterung von Herrn René Bossert, dem Bereichsleiter der Informatik. Er erklärte die wesentlichen Inhalte des Systems und beantwortete anschliessend die vielen Fragen unsererseits.

Bei diesem Kreditbegehren geht es um eine vollständige Systemumstellung der EDV Anlagen im Gemeindehaus. Ohne Fachmann oder Fachfrau zu sein, wissen wir alle, dass das Computerzeitalter sehr schnelllebig ist. Ein Computer aus dem Jahre 1999 ist alt. Einige Jahre können sicherheitsrelevante Anpassungen vorgenommen werden, aber irgendwann ist auch damit Schluss. Bei diesem Bericht und Antrag geht es aber nicht um das Ersetzen von PC's, sondern um ein gänzlich neues Konzept. Es umfasst eine Umstellung von der klassischen Client-Server-Umgebung zur Citrix-Server-Umgebung mit ThinClients. Das heisst, die Datenverarbeitung findet nicht mehr am Arbeitsplatz, sondern im einem zentralen Server statt. Dieses System reduziert die Datenmengen, welche zwischen Arbeitsplatz und Server ausgetauscht werden, erheblich. So werden die Netzwerke entlastet, andernfalls könnte es sein, dass in den nächsten Jahren eine neue Gebäudeverkabelung installiert werden müsste.

Die Aussenstellen Gemeindebibliothek, Reg. Zivilschutzorganisation, Reg. Zivilstandsamt, Musikschule und Schulleitungen profitieren heute zum Teil bereits vom neuen System. Damit ist es möglich, enorme Datenmengen zu transportieren, was ein vernünftiges Arbeiten erlauben. Dieses System wurde im Jahr 2005 und 2007 beschafft. Das System ist gut und der Support, laut betroffenen Anwendern, ist perfekt. Durch die Einführung auch in der Gemeindeverwaltung würde neu nur ein System gepflegt.

Ein wichtiger Nebenschauplatz ist, dass die steigenden Anforderungen an die EDV meistens von aussen kommen. So erstellt der Kanton Vorgaben, welche mit dem heutigen System im Gemeindehaus nicht mehr zu erfüllen sind.

Das EDV Konzept ist als ganzes Paket geplant und soll über 3 Jahre umgesetzt werden. Solche Umstellungen werden sich alle 6 – 8 Jahre wiederholen, damit könnten jährlich ca. Fr. 80'000.— eingespart werden. Der Budgetposten wird sich – sofern keine neuen oder zusätzlichen Forderungen gestellt werden – bei ca. Fr. 550'000 einpendeln.

Der Support der Software wird in der Regel 10 Jahre lang sichergestellt, vom Zeitpunkt an, wo sie auf den Markt kommt. Um eine möglichst lange Funktionsfähigkeit zu erlangen, wird die neueste Generation eingesetzt. Zum Teil wird sogar eine zum heutigen Zeitpunkt erst angekündigte Version eingesetzt. Bei der nächsten Systemumstellung – also in 6 bis 8 Jahren – können die ThinClients möglicherweise weiterverwendet werden. Diese unterliegen keiner wesentlichen Abnützung sie müssen nur Bildschirm-, Tastatur- und Mausdaten weiterleiten.

Bei allem Guten gibt es auch Nachteile, welche vorwiegend die Anwender zu spüren bekommen. Die individuellen Möglichkeiten sind eingeschränkt, so gibt es keine persönlichen Bildschirmschoner mehr, das Einlesen von CD-Rom Daten müsste die Informatikstelle übernehmen - sofern das Bedürfnis nachgewiesen ist. Andererseits wird aber damit das System sicherer. Die Notebooks greifen auch auf den Citrix-Server zu. Sie haben aber lokal die Office-Produkte geladen, damit sie auch auswärts verwendet werden können, z.B. zum Protokollieren.

Der Zeitplan für die Umstellung ist gut überlegt. So könnten eventuell auftretende Kinderkrankheiten des Systems in der ersten Phase der Umstellung behoben werden. Endgültig einsatzbereit ist das Ganze erst am 1.1.2009.

Damit die Anwender reibungslos mit dem neuen System klar kommen, werden sie intern geschult, was keine zusätzlichen Kosten verursacht.

Die GPK anerkennt die Notwendigkeit der Systemerneuerung. Der Bericht und Antrag ist ausführlich verfasst und gut strukturiert, die Ausführungen von René Bossert sind überzeugend und verdienen unser Vertrauen. Die Kosten sind in Anbetracht der zu erbringenden Leistung absolut vertretbar.

Wohlen wird im Vergleich zu anderen grösseren Gemeinden im Bereich EDV wieder mitreden können.

Die anwesenden fünf Mitglieder der GPK stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir danken Ariane Gregor als GPK-Sprecherin für ihre präzisen Ausführungen. Der Grund, warum der Bericht und Antrag hier liegt, ist dieser: Es geht um eine Anschaffung der EDV in einem Zeitraum von drei Jahren. Wir haben es als sinnvoller erachtet, Ihnen eine Vorlage zu unterbreiten, welche separat abgerechnet wird und die Budgetberatungen vereinfacht. Wir bitten Sie, der Vorlage zuzustimmen.

Stäger Urs, SVP: Ich vertrete die Meinung der SVP Fraktion Wohlen Anglikon zur geplanten EDV-Systemumstellung.

Die EDV-Kosten in der Gemeinde Wohlen sind relativ hoch. Nun, mit der geplanten Systemumstellung sind Einsparungsmöglichkeiten vorhanden, die sich jedes Jahr wiederholen werden, so dass die jetzige Investition sich amortisieren lässt.

Trotzdem, beim vorliegenden Projekt sind ebenfalls Sparmöglichkeiten vorhanden:

Punkt 1.3 beim Bericht und Antrag: Mehrere deutsche Städte, z.B. München (durchaus vergleichbar mit Wohlen) arbeiten mit Open-Office, dies ist kostenlos verwendbar und kompatibel mit Microsoft-Produkten. Einsparung rund Fr. 45'000.--.

Citrix ist ein sehr gutes Produkt. Aber auch hier hat Microsoft ein sehr gutes Produkt entgegen zu setzen und zwar Remote-Desktop, das in sehr vielen Firmen sehr gut eingesetzt wird und auch ebenfalls gut läuft. Dieses Produkt wäre dann halb so teuer.

Es ist nicht zwingend notwendig alle Rechner zu ersetzen, denn Citrix läuft auf allen Betriebssystemen, allerdings ist der Installationsaufwand minim höher.

Eine weitere Frage: Was passiert mit den PC's, die ersetzt werden? Wohin gehen diese?

Bei der Kostenzusammenstellung sticht mir ins Auge, dass die Kosten für das Aufsetzen der Server rund doppelt so hoch sind wie Microsoft empfiehlt. Wer setzt diese Server auf? Wenn nicht die Gemeindeeigene Informatikabteilung dies macht, so stellt sich die Frage, wieso dies eine externe Firma machen muss.

Die Informatikabteilung wird durch das neue System klar entlastet, werden hier die Stellenprozente zurückgefahren?

Da auf der Verwaltung mehrere Personen Teilzeit arbeiten, sehe ich auch bei der Lizenzierung der Programme Einsparungen.

Die Fraktion der SVP Wohlen-Anglikon befürwortet die Systemumstellung mehrheitlich.

Duschen Andrea, FDP: Ich teile Ihnen die Meinung der FDP zur Umstellung des EDV-Systems mit. Citrix ist eine sinnvolle und zeitgemässe Lösung. Ich arbeite auf dieser Plattform schon seit 3 Jahren an der BS-Lenzburg. Durch die Umstellung müssen aber die Anschaffungs- und Unterhaltskosten in den folgenden Jahren sinken. Ebenso erwarten wir, dass der EDV-Fachmann die frei werdenden Kapazitäten für anstehende Aufgaben einsetzt (z.B. Dokumentenablage, papierlose Steuererklärung). Als störend empfinden wir, dass diese grosse Kosten nicht schon früher im Finanzplan aufgeführt wurden. Genau für solche Kosten dient ja der Finanzplan und die nötigen Investitionen waren meiner Meinung nach sicherlich bekannt.

Fricker Matthias, CVP: Auch unsere Fraktion unterstützt diesen Bericht und Antrag einstimmig. Wir können uns voll und ganz den Ausführungen der GPK anschliessen. Insbesondere begrüssen wir, dass durch diese Umstellung die Systemsicherheit erhöht wird und zwar erheblich. Wir erachten als sinnvoll, dass man hier – der Gemeindeammann erwähnte dies bereits – nicht übers Budget gefahren ist, sondern einen Kredit vorgelegt hat. So besteht eine längerfristige, garantierte Planung. Wir befürworten also diesen Bericht und Antrag einstimmig.

Kammer Bernhard, SP: Ich vertrete die Meinung der SP und Eusi Lüt & Grüne. In erster Linie möchten wir uns bei Herrn René Bossert für das ausführliche Konzept bedanken. Er konnte uns klar aufzeigen, dass das heutige System veraltet und zu langsam ist. Und dies vor allem aus diesem Grund, dass man vor 11 Jahren bei der universellen Gebäudeverkabelung gespart, nur 4-adrige statt 8-adrige Leitungen eingebaut hat. Dies führt dazu, dass wir heute abstimmen müssen, ob wir das Gemeindehaus neu verkabeln oder den Systemwechsel zu Citrix in Angriff nehmen wollen. Citrix – das kann ich aus eigener Erfahrung sagen – ist klar marktführend in solchen serverbasierenden Lösungen und schon bei vielen Firmen im langjährigen Einsatz. Der Vorteil liegt auf der Hand und der Arbeitsplatz wird moderner und attraktiver. Es wird leiser und man hat mehr Platz und kann mit den neuen thin-clients erst noch Strom sparen. Zudem wird die Administration von Herrn Bossert um einiges vereinfacht. Er kann die meisten Probleme direkt auf dem Server beheben. Durch die neue Software hat er die Möglichkeit alles einfacher zu testen und die einzelnen Mitarbeiter aufzuschalten. Nicht nur die Plattform erfährt einen Strategiewechsel, auch das Officeprodukt und das Vorlagenmanagement werden erneuert. Dies passt gut ins Packet, wenn man davon ausgeht, dass man 5 bis 8 Jahre Ruhe haben möchte. Man muss sich bei dieser Umstellung bewusst sein, dass auf die ganze Verwaltung ein grosser Aufwand zukommt. Ich denke in erster Linie an die Schulungen für das Office 2007, welche das ganze Gemeindepersonal besuchen muss. Schlussendlich handelt es sich um das wichtigste Werkzeug, womit Wohlen verwaltet wird. Darum – geschätzte Anwesenden – unterstützt unser Fraktion den Bericht und Antrag einstimmig.

Hübscher Berta, EVP: Ich gebe Ihnen die Fraktionsmeinung der EVP Freies Wohlen bekannt. Auch wir haben uns von Herrn René Bossert beraten lassen, weil es doch eine ganz komplexe Materie ist, wo einfache PC-Anwender fast ein wenig überfordert sind. Er hat uns eingehend über dieses neue System informiert und unsere Fragen kompetent beantwortet. Auch wenn wir im Moment das Gefühl haben, es sei ein grosse Summe, ist diese Investition nötig und unbestritten. Wir wissen ja alle, dass ohne ein gutes EDV-System nichts mehr läuft. Die Fraktion Freies Wohlen/EVP stimmt diesem Antrag einstimmig zu.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich danke Ihnen für Ihre mehrheitliche Zustimmung und beginne bei Andrea Duschen, der sagte, dass die grossen Kosten für ihn störend seien, welche

nicht im Finanzplan enthalten sind. Die Auswirkung ist nun so, dass – und Ihr könnt es auch aus dem Budget des nächsten Jahres entnehmen – zum Teil eine Entlastung stattfindet. Dies aber in der laufenden Rechnung. Bei Urs Stäger stellte sich die Frage, ob sich die Stellenprozent nicht reduziert werden. Hierzu kann ich klar sagen, dass dies nicht vorgesehen ist. Wir müssen uns vorstellen, dass die EDV das Herz einer Verwaltung ist. Das ist wie das Blut, welches im Körper fließt. Wenn die EDV nicht funktioniert, wäre das der totale Kollaps. Wir haben das Glück, zwei ausgezeichnete Personen in der EDV zu haben, also auch Herr Rossetti, welcher mit Herrn Bossert zusammen arbeitet. Wir haben hiermit auch die Sicherstellung, dass in schwierigen Situationen diese EDV funktioniert. Es wurde in dieser Vorlage angetönt, dass auch Rationalisierungen im Bereich Steuern kommen werden, wo man anstrebt, mehr Informationen elektronisch zu speichern. Dies führt dazu, dass weniger Archivraum benötigt wird. Die Herren der EDV werden auch künftig nicht arbeitslos. Danach waren noch drei Fragen, welche ich Herrn René Bossert bitte, zu beantworten:

- Wohin gehen die alten PC's?
- Nicht zwingend ist, die alten Rechner zu ersetzen
- Wegen dem Open-Office. Urs Stäger machte einen Vergleich mit den Deutschen Städte.

Ich bitte René Bossert zu diesen drei Punkten Stellung zu nehmen.

Bossert René, Chef EDV: Ich danke für die Fragen von Urs Stäger. Er zeigt, dass er sich zu diesem Thema ein paar Gedanken gemacht hat. Ich möchte diese, der Reihe nach, wie er diese gestellt hat, beantworten.

*Ich komme nun zur ersten Frage das Open-Office betreffend:* Wenn man das Produkt für sich betrachtet, ist es sicherlich so mit der Kompatibilität. Aber wir verwenden sehr viele Softwares, welche Office als output-Tool benötigen. Dort ist es eben nicht in jedem Fall gewährleistet, dass die Kompatibilität und somit auch die Funktionalität besteht. D.h., wenn man Open-Office einführen möchte, müsste man ganz genau testen, ob es wirklich mit allen von uns eingesetzten Produkten kompatibel ist. Ich möchte nicht sagen, dass es nicht ist, aber es würde doch eine längere Testphase nach sich ziehen. Zudem arbeiten praktisch alle Benutzer zu Hause mit Office-Produkten. Ich denke, es hat sich ein bisschen zu diesem Open-Office verschoben. Aber wir wollen hier auf den Schienen eines grossen Anbieters fahren, mit der Integration, mit den Backoffice-Lösungen, die auch eine Rolle spielen. Dies sind die Exchange-Server und die SQL-Server.

*Zum remote Desktop:* Es stimmt, Microsoft bietet ein Produkt im Server 2008 an. Es hat aber gewisse Nachteile. Es hat keine „load balancing“, ich kann also keine gute Lastverteilung von mehreren Servern machen. Microsoft hat zwar mit dem Server 2008 etwas angekündigt, aber wie es so ist, ist dieses Produkt erst am 27.02.2008 käuflich erhältlich laut Microsoft. Man muss auch vorsichtig sein, ich denke aber, dass sie den Termin einhalten können, denn sie sind bereits in der Beta3-Phase. Ich rate ab, die Microsoft Terminals einzusetzen. Eines der Probleme, welches nicht funktioniert, ist, dass man keine Applikationen am Desktop gleichzeitig freigeben kann. Zumindest beim jetzigen Server, ob es im Jahre 2008 funktionieren wird, ist nicht ganz klar.

*Dann zu den PC's:* Das eine ist die Weiterverwendung, die wäre absolut denkbar, hätte aber ein paar Nachteile. Ich muss auf diesen PC's Virens Scanner haben und diese mit Updates Pflegen. Ich habe einen relativen grossen Verwaltungsaufwand, damit ich nur einen Bildschirm zur Verfügung stellen kann. Mit den ThinClients kenne ich dieses Problem nicht, weil diese nur Memories haben und keine Festplatte. Es wird nichts gespeichert, ausser der Administrator befiehlt es. D.h., wenn dieses System neu startet, ist dieses immer gleich, unabhängig was der User gemacht hat. Diese ThinClients starten immer wieder identisch und dies ist eine Verwaltungsvereinfachung und somit eine Aufwandverminderung.

*Zum Serverbetriebssystem, zum Aufsetzen:* Das Know-how für solche spezielle Server muss man sich mit Kursen erarbeiten – ich spreche nicht nur vom Server 2008, sondern auch vom Backoffice-Server, Exchange-Server und SQL-Server – und dies lohnt sich wegen einem Server nicht. Die Basisinstallation kann man klonen, das ist nicht ein Problem. Aber für die anderen Installationen ist es besser, wenn man sich das Know-how einkauft, was entschieden günstiger ist. Bei der Installation lernt man dann, wie das System zu verwalten ist.

*Wegen den Lizenzen:* Microsoft erlaubt es im Moment leider nicht, ich hätte die Concurrent-Lizenzen gerne. Bei den andern Softwares ist es so, dass diese meistens vom Server gesteuert werden. Wir haben sechs Betriebsamtslizenzen, welche vom Server gesteuert werden. Dort besteht kein Problem. Aber bei der Microsoft könnte man sparen, aber Microsoft erlaubt es im Moment nicht Concurrently-Lizenzen einzusetzen. D.h. ich muss nicht für 120 User Lizenzen kaufen, weil nie alle 120 Lizenzen gleichzeitig angewendet werden.

*Zu der Abgabe der PC's, was geschieht mit diesen PC's:* Ich schlage vor, dass man diese aufgrund der Lebensdauer des Rechners bzw. des Alters dem Personal oder anderen Stellen zu einem marktgerechten Preis.

*Wegen den Stellenprozente:* Das Ziel des Informatikers besteht nicht darin zu schauen, dass das Netzwerk einwandfrei funktioniert, sonder er ist hier, um den Benutzer zu unterstützen. Je mehr Aufwand man für das Netzwerk und die Serverbetreuung investiert, umso weniger Zeit hat man für die Benützer. Dort kann man einiges rausholen, wenn man die Benutzer aktiv angehen kann in ihrem täglichen Bedürfnis. Hier wären sie zu unterstützen, damit sie effizienter arbeiten können.

Stäger Urs, SVP: Ich akzeptiere Herrn Bosserts Ansichten und Meinungen. Mit den Stellenprozent meinte ich nicht, dass er jetzt 20 % weniger auf der Gemeindeverwaltung sei, sondern dass man ihn vielleicht für andere Teilbereiche einsetzen kann.

### **Abstimmung:**

Der Einwohnerrat stimmt dem gemeinderätlichen Antrag

*Bewilligung eines Kredites von Fr. 350'000.— für eine Systemumstellung im Bereich EDV*

einstimmig zu.

## Bericht und Antrag 11057 betr. Revision der Gebührenordnung des Bestattungs- und Friedhofsreglements der Gemeinde Wohlen

Keller Anna, EL & Grüne: Ich möchte Ihnen die Revision der Gebührenordnung des Bestattungs- und Friedhofsreglements der Gemeinde Wohlen vorstellen. In der Kommentierung der Jahresrechnung 2006 hat die Finanzkommission bemängelt, dass der Kostendeckungsgrad im Bestattungswesen zu schlecht sei und den Gemeinderat aufgefordert, die Gebühren anzupassen. Dieser Aufforderung kommt der Gemeinderat mit dem vorliegenden Bericht und Antrag nach. Die bisherigen Gebühren sind aus dem Jahr 1999, welches Pauschalgebühren sind. Neu sollen nun die tatsächlichen Gebühren gedeckt sein. Die Kostenzusammenstellung auf dem hellblauen Blatt zeigt auf, was der Gemeinde von Dritten im Zusammenhang mit den Bestattungen bis jetzt belastet wird. Auf dieser Kostenzusammenstellung wird aufgezeigt, wie diese Gebührenerhöhung sein soll. Die neue Erhöhung soll der Gemeinde ca. Fr. 100'000.— zusätzlich pro Jahr bringen. Wir von der GPK finden, dass diese Gebührenerhöhung zu extrem ist.

	bisher Fr.	neu Fr.	Differenz Fr.
Z.B. Sargbeisetzung im Einzelgrab:	600.—	1'300.—	700.—

Bei anderen Posten ist es ähnlich, auch dort sind es über 100 %. Auf der anderen Seite ist es so, dass die Gemeinde weiterhin den Unterhalt der Friedhofsanlage, der Abdankungshalle und die Verwaltungskosten bezahlt. Das sind immer noch weiterhin Fr. 100'000.—. Uns in der GPK ist auch aufgefallen, dass Urnenbestattungen teurer sind als Erdbestattungen, obwohl Erdbestattungen mehr Platz auf dem Friedhof beanspruchen. Wenn man aber die Zusammenstellung anschaut, dann sehen Sie, dass die Kosten für Kremation und Transport sehr hoch sind. Der Gemeinderat möchte keine Quersubventionen, deshalb ist auch dort der Betrag entsprechend höher. Es wurden auch Vergleiche mit anderen Gemeinden gemacht. Dort ist festzustellen, dass es sehr unterschiedlich ist. Jede Gemeinde macht es ein bisschen anders. Es gibt Gemeinden, welche die ganze Beerdigung mit allem Drum und Dran bezahlen und Gemeinden, welche sämtliche Kosten weiterverrechnen. In Wohlen schlägt der Gemeinderat einen einheitlichen kostendeckenden Tarif vor. Nun stellt sich auch die Frage was passiert, wenn die Kosten steigen? Es ist so, dass der Gemeinderat bereits die Kompetenz hat (nach § 12), die Teuerung für auswärtige Personen anzupassen, die in Wohlen beerdigt werden. Die Kosten sind dann um 30% höher. Das sind im Jahr jedoch nur Wenige, höchstens 5 – 10 Personen.

### Fazit der GPK

Wir finden die Anpassung massiv. Wir sind aber trotzdem damit einverstanden, dass die Fremdleistungen im Zusammenhang mit Bestattungen den Angehörigen weiterbelastet werden. Die Gebühren enthalten ja auch einiges an Leistungen (siehe rosa Blatt, Rückseite). Dort ist ersichtlich, was für diese Gebühren alles von der Gemeinde geleistet wird. Die Abstimmung der GPK war einstimmig 5:0.

Jauslin, Matthias, Gemeinderat: Ich danke der GPK für ihre Ausführungen. Wichtig ist für uns hier zu wissen, dass wir mit zwei Reglemente arbeiten betreffend Bestattung: Friedhofsreglement und Gebührenreglement. Bis jetzt waren sämtliche Kosten von Bestattungen im Friedhofsreglement enthalten und nun wird es komplett aus diesem Reglement gestrichen. Die Gebühren werden neu im roten Reglement enthalten sein „Gebührenreglement der Gemeinde Wohlen“. Hier enthalten ist tatsächlich, dass man die Gebühren der Teuerungen anpassen kann. Warum ist der Gemeinderat überhaupt auf die Idee gekommen, die Bestattungsgebühren zu erhöhen? Es ist effektiv so, dass uns die Finanzkommission praktisch diesen Auftrag erteilt hat. Das Ergebnis zeigt, dass die Gemeinde Wohlen x Kosten von Fremden bzw. von Dritten bezahlt. Es gibt tatsächlich Rechnungen von Dritten, welche wir erhalten und begleichen. Auf der blauen Tabelle,

welche Sie erhalten haben, sind diese Kosten aufgelistet und es ist ersichtlich, was bei einer solchen Bestattung überhaupt alles anfällt. Das möchten wir im ersten Schritt weiterverrechnen. Genau das, was bisher von Dritten der Gemeinde Wohlen verrechnet wurde, möchten wir an die Angehörigen der Verstorbenen weiterverrechnen. Wir wissen auch, dass es eine massive Erhöhung ist. Es ist effektiv so, dass es teilweise über 100 % ausmacht. Aber die Aufgabe der Gemeinde – und in diesem Falle die Aufgabe des Steuerzahlers – ist es eigentlich nicht, diese Bestattungskosten zu übernehmen. Sondern unsere Aufgabe besteht darin, einen guten Platz mit dem Friedhof zur Verfügung zu stellen. Der Unterhalt inkl. sämtliche Kosten, die im Zusammenhang mit dem Friedhof anfallen, übernimmt die Gemeinde. Alle Kosten, welche im Zusammenhang mit der Bestattung anfallen, müssten wir weiterverrechnen können (ich hoffe, dass Sie unsere Meinung teilen). Der Gemeinderat bittet Sie dringend diesem Antrag und diesem Gebührenreglement, so wie er vorliegt, zuzustimmen. Es ist ein wichtiger Schritt, dass wir auch in den Finanzen kostendeckende Beträge weiterverrechnen können. Ich danke für Ihr Verständnis.

Siebenmann Johannes EVP: Es ist jetzt nicht wirklich eine Überraschung, dass zu diesem Bericht und Antrag für die Fraktion Freies Wohle/EVP der Pfarrer zu Wort kommt. Die Vorlage ist in unserer Fraktion unbestritten. Es ist klar, dass es nicht die Aufgabe der Gemeinde ist, diese Kosten in dieser Masse, wie es bis heute stattgefunden hat, zu übernehmen. Ich finde es persönlich gut, dass der Gemeinderat diese Gebühren in begründeten Fällen teilweise oder ganz erlassen kann. Das ist vermutlich so zu verstehen, dass in Härtefällen mit den Angehörigen beidseitig akzeptable Lösungen gefunden werden können. Wir von der Fraktion Freies Wohle/EVP unterstützen diesen Bericht und Antrag einstimmig.

Spörri Marlis, SVP: Die SVP-Fraktion lehnt die Änderung der Gebührenordnung zum Bestattungs- und Friedhofreglement ab. Einerseits ist diese Erhöhung enorm, teilweise bis über 400 % und andererseits sind wir als bürgerliche Partei strikte gegen jegliche Gebührenerhöhungen. Umso mehr als der Regierungsrat unserer Gemeinde auf Antrag des Gemeinderates entschieden hat, unseren Steuerfuss um 10 % zu erhöhen. Wir lehnen auch diese „Salami-Taktik“ des Gemeinderates ab. Jede einzelne Gebühr wird erhöht, eine um die andere. Als Beispiele: Baubewilligungsgebühr, Badi-Eintrittsgebühr, heute eben die Friedhofsgebühr und geplant ist weiter die Einführung einer Grüngutgebühr, trotz mehrfachem Nein des Volkes. Heute werden wir sicher noch zu Ohr bekommen, dass diese Friedhofsgebühren in anderen Gemeinden viel höher seien als in Wohlen, dass es sich ja nur um eine Anpassung an das Niveau der anderen Gemeinden handle. Hierzu Folgendes: Teilen Sie uns vorerst mit, mit welchen Gemeinden Sie diesen Vergleich ziehen. Dann schlagen Sie vorerst vor, dass wir den Steuerfuss auch diesen Gemeinden anpassen. Und dann können Sie diese Gebühren in guter Treue vergleichen. Wohlen soll wieder attraktiv werden. Dieses Glaubensbekenntnis soll nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben. Mit einer Gebührenerhöhung bewirken wir das Gegenteil. Nicht nur das Leben und die Steuern werden in Wohlen teurer, sogar das Sterben soll in Wohlen teurer werden. Das ist unschön und auch asozial. Wir bitten Sie, diese Gebührenordnung abzulehnen. Setzen Sie ein Zeichen gegen diese „Salami-Taktik“.

Donat Ruedi, CVP: Die Fraktion der CVP wird dieser Vorlage 11057 einstimmig zustimmen. Ich mach es kurz und erzähle Euch auch gar nichts Neues. Aber unser Dasein kostet Geld. Insbesondere unsere Ankunft kostet heutzutage sehr viel. Ebenso ist klar, dass unser Ableben nicht gerade nichts kostet.

Warum werden dann bei der Geburt alle Kosten auf den Verursacher abgewälzt und notabene keiner stört sich daran. Warum wird beim Ableben nicht auch der Verursacher zur Kasse gebeten?

Entschuldigen Sie die Versachlichung von diesem sehr emotionalen Thema. Es ist doch tröstlich zu wissen, dass diese Kosten sicher nur einmal anfallen werden.

Suter Stefan, SP: Die Fraktion SP, Eusi Lüt & Grüne stimmen dieser Vorlage zu.

Neeser Kurt, FDP: Die FDP hat eine grosse Diskussion geführt, weshalb alles so viel teurer wird. Es kann ja in der heutigen Finanzlage nicht sein, dass für Bestattungen nicht kostendeckende Tarife verlangt werden. Deshalb sind wir einstimmig dafür.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Ich wollte fragen, wie es gehandhabt wird, wenn eine Kremation stattfindet aber keine Urnenbeisetzung. Wie werden in solchen Fällen die Kosten weiterverrechnet?

Jauslin Matthias, Gemeinderat: Das sind begründete Fälle, die genauer betrachtet werden. Der zuständige Mitarbeiter, Herr Galli, wird mit den Angehörigen diese Sachen besprechen. Er hat auch die Kompetenz und die Möglichkeit, die entsprechenden Anpassungen nach einem intensiven Gespräch vornehmen zu können. Wir können nicht alles im Reglement ganz klar vorgeben. Es gibt auch in dieser Zone Sachen, wo Menschenkenntnisse benötigt werden und vor allem eine einfühlsame Diskussion mit den betreffenden Angehörigen geführt werden muss. Ich kann Ihnen garantieren, dass dies in Wohlen professionell gehandhabt wird.

Nachtrag von Herrn Jauslin: Sie haben auf dem Bericht und Antrag das Inkraftsetzen per 1. Oktober. Der 1. Oktober ist nicht möglich, weil die Referendumsfrist noch nicht abgelaufen ist. Der Gemeinderat stellte Ihnen den Antrag, das Inkraftsetzen auf den 1. November festzulegen!

### **Abstimmung:**

Der Einwohnerrat stimmt dem gemeinderätlichen Antrag

*Die Änderung der Gebührenordnung zum Bestattungs- und Friedhofreglement sei zu genehmigen und auf den 01. Oktober 2007 in Kraft zu setzen*

mit 27 Ja-Stimmen zu 8 Nein-Stimmen zu.

**Motion 11042 für die Weiterprojektierung der „Tempo-30 Zonen“**

Perroud Hedy, EL & Grüne: Die Tempo-30 Zonen haben sich mittlerweile bewährt. So bestehen in der Schweiz rund 1300 solche verkehrsberuhigenden Gebiete. Die Erfahrung zeigt, dass der Verkehrsfluss auch auf Strassen mit Tempo 50 in der Folge nicht mehr so hektisch ist. Die Zahl der Schwerverletzten und Todesfälle im Verkehr hat sich vermindert.

Die Einführung der Tempo-30 Zone Farn in Wohlen wurde vom Volk im Jahr 2005 abgelehnt, nicht zuletzt auch aufgrund der Versprechen, welche vom Initiativkomitee gemacht wurden. Viele haben geglaubt, man könne später flächendeckender, viel günstiger und schneller zur Verkehrsberuhigung kommen, und sind jetzt sehr enttäuscht, dass sich in der Folge nichts mehr bewegt hat.

Wir haben in Wohlen 3 Schulanlagen und viele unübersichtliche Quartierstrassen. Man braucht nur einmal genau hinzusehen, dass klar wird, wie gefährlich unsere Kinder leben müssen. Die Sicherheit der Kinder und die Verbesserung der Wohnqualität sollte uns Allen ein Anliegen sein. 16 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben die Motion mitunterzeichnet. Wir wünschen die Weiterführung, wie sie im Verkehrsrichtplan vorgesehen ist, eine Zone nach der andern und nicht flächendeckend.

Bitte liebe Kolleginnen und Kollegen, überweist die Motion im Interesse einer Verkehrsberuhigung in Wohlen, in der Hoffnung auf eine bessere Wohnqualität, zur Verminderung der Gefahren auf den engen Quartierstrassen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Gemeinderat nimmt zur Motion wie folgt Stellung:

Zum Technischen: Die Motion verlangt kostengünstige Lösungen mit weniger Aufplattungen und mehr optischen Schikanen. An die Einführung von Tempo-30 Zonen sind von Gesetzes wegen ganz bestimmte Anforderungen gestellt. Die Zonen müssen bestimmte, in sich abgeschlossene Quartiere umfassen. Die Eignungen sind mit Verkehrsgutachten nachzuweisen. An diese Gutachten sind wiederum spezielle Anforderungen gestellt, welche durch das Bundesgericht weiter konkretisiert worden sind. Nicht jedes Quartier ist für Tempo-30 Zonen geeignet. Die Gemeinde verfügt zur Zeit nicht über die nötigen Ressourcen, sowohl finanziell als auch personell, um die Planung der Tempo-30 Zonen in Angriff zu nehmen. Es stehen andere dringende Planungen und Projekte an, wie die Revision des Zonenplans, der Verkehrsrichtplan, das Kantonsstrassenprojekt und kommunale Erschliessungsprojekte. Bereits in der Vergangenheit hat der Gemeinderat bei Sanierung von Gemeindestrassen bauliche und signalisationstechnische Massnahmen ergriffen, um die Verkehrsberuhigungen herbeiführen zu können. Zur Zeit werden die Kreuzungen und Einmündungen der Gemeindestrassen mit Bodenmarkierungen versehen, welche auf Rechtsvortritt hinweisen. Auch dies ist eine Massnahme zur Verkehrsberuhigung. Unmittelbar bevor steht die Umsetzung des Konzepts Langsamverkehr mit Privilegierung der Radfahrer. Sie haben vielleicht gesehen, dass man in den letzten Wochen begonnen hat, diese Linien provisorisch zu markieren, damit die definitive Bemalung demnächst vorgenommen werden kann.

Zum Politischen: An der Referendumsabstimmung vom 05. Juni 2005 haben die Stimmberechtigten die Einführung von einer Tempo-30 Zone im Gebiet Farnbühl mit einem Neinstimmen-Anteil von rund 60 % deutlich abgelehnt. Der Gemeinderat hat damals klar kommuniziert, dass das Abstimmungsresultat Signalwirkung für die Planung von weiteren Tempo-30 Zonen in der Gemeinde haben werde. Der Gemeinderat ist nach wie vor der Meinung, dass sich der Souverän, das Volk, mit dieser Abstimmung generell gegen die Einführung von Tempo-30 Zonen in ganzen

Quartiere mit den dazu nötigen baulichen Massnahmen und entsprechenden Kostenfolgen ausgesprochen hat. Wir wiederholen: Die Tempo-30 Zonen müssen abgeschlossene ganze Quartiere umfassen. Eine Sonderbehandlung von einzelnen Strassenzügen ist nicht möglich. Der Gemeinderat bittet Sie, diese Motion abzulehnen.

Tanner Peter, SVP: Die SVP ist am 15.11. 2004 im Einwohnerrat einstimmig gegen Tempo 30 im Farnbühl gewesen und sie ist es auch heute noch. Unsere Partei steht nicht auf Staatsdoktrin, sondern auf Eigenverantwortung und bittet die Gruppe Eusi Lüt & Grüne um mehr Einsicht. Die Bevölkerung ist gegen Tempo 30, das wissen wir – und Gemeindeammann Walter Dubler hat es auch schon bereits erwähnt – seit der Abstimmung und dem klaren Resultat definitiv. 39,4 % Ja gegen 60,6 % Nein. Das ist sehr sehr deutlich. Leere Versprechungen hin oder her. Hier komme ich später mit einer persönlichen Erklärung darauf zurück.

Einmal mehr stellt sich im Einwohnerrat die Frage: Will er den klaren Willen des Volkes berücksichtigen oder will er gegen den Willen des Volkes politisieren? Wir haben schon genügend Beispiele, die zeigen, dass das schlecht ist (ich erinnere an die Grüngutgebühr und den Steuerfuss).

Wir erinnern daran, dass die vom Volk verneinte Tempo-30 Zone Farnbühl über 6 Jahre nur allein in der Planungs- und Projektphase verharret hatte. Wenn Ihr das jetzt wieder in Kauf nehmen wollt, geht es Euch gar nicht um den Schutz der Verkehrsteilnehmer. Die SVP-Fraktion ist einstimmig gegen die Überweisung der Motion.

Fricker Ronny, CVP: Unsere Fraktion unterstützt diese Motion. Auf den Autobahnen sollen wir schnell und direkt zum Ziel gelangen. Auf den Hauptstrassen sollen wir rasch und flüssig vorankommen. Durch die Dörfer soll der Verkehr mit 50 km/h rollen. Und keine Mensch muss tatsächlich schnell durch ein Wohnquartier fahren, 30 km/h genügen. Wir gewinnen einen absolut unbedeutenden Zeitvorsprung wenn wir 20 km/h schneller fahren dürfen.

Tempo-30 Zonen sind nicht teuer. Ein Kreisel kostet die Gemeinde eine halbe Million. Die vorbildlich geplante 30er-Zone Farnbühl hätte die Gemeinde Fr. 80'000.— gekostet.

Es geht bei dieser Motion nicht darum, Fahrzeuglenker zu schikanieren. Tempo-30 Zonen bedeuten Quartier- und Lebensqualität, mehr Ruhe und Sicherheit.

Zur Sicherheit habe ich Ihnen noch eine Folie zum Auflegen mitgebracht.

*(Folie wird aufgelegt).*

Diese Folie spricht eine klare Sprache. Es handelt sich hier um ungebremste Frontalkollisionen. Bei diesen Zahlen wurde keinen Unterschied gemacht, ob ein Auto oder ein Lastwagen, ob ein Kind oder ältere Leute betroffen sind. Es sind lediglich Durchschnittswerte.

Meier Maja, Freis Wohle: Die Fraktion EVP/Freies Wohle ist mehrheitlich für die Überweisung der Motion. Andere Gemeinden haben auch günstige Lösungen gefunden. Warum sollte dies in Wohlen nicht möglich sein? Es ist für Wohlen ein MUSS, günstige Varianten zu suchen. Es gibt genügend Zonen oder Quartiere, wo eine 30er-Zone angebracht, zur Sicherheit der Schülerinnen und Schüler und allen andern Verkehrsteilnehmer zwingend ist. Beispiel Untere Haldenstrasse, die sehr eng, häufig eine Abkürzungsstrecke oder ein Schleichweg ist, und wo sehr viele Fussgänger und Velofahrer unterwegs sind. Niemand spricht von flächendeckenden 30er-Zonen. Deshalb kann ich die Begründung und Argumentation von Peter Tanner in der AZ vom 14.9.2007 nicht ganz nachvollziehen. Beispielsweise in der unteren Haldenstrasse, aber auch

in andern Quartierstrasse, wie sogar bei uns im Oberdorf, sind die erwähnten Bedingungen meines Erachtens erfüllt: Schulwege, Schleichverkehr, zu schnelles Fahren trotz Unübersichtlichkeit. Es ist bewiesen, dass Tempo 30 weniger schwerwiegende Verletzungen im Falle eines Unfalls hervorruft.

Es lohnt sich deshalb unserer Meinung nach, in die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer zu investieren. Das hat bei uns Priorität.

Zu der Abstimmung möchte ich noch ergänzen, dass ich nicht glaube, dass das Volk grundsätzlich gegen eine 30er-Zone ist. Ich glaube, dass die letzte Abstimmung nicht angenommen wurde, weil die fragliche Zone im Farn eher teurer war, und dass das Versprechen von Peter Tanner, er könne billigere Varianten bringen, dazu geführt hat, dass das Volk abgelehnt hat.

Thiébaud Alain, FDP: Unsere Fraktion ist in dieser Frage der Tempo-30 Zone uneinig. Es gibt eine Argumentation, welche sagt, dass sich das Volk im 2005 gegen die Tempo-30 Zone ausgesprochen hat und dass auch in Anbetracht der angespannten Finanzlage im Moment eine solche Projektierung nicht denkbar ist. Der andere Argumentationsstrang, der interpretiert den Volksentscheid nicht so, dass es ein generelles NEIN zur Tempo-30 Zone war, sondern ein NEIN zu den dazumal offensichtlich hohen projektierten Kosten. Sie halten auch Tempo 30 an und für sich als sinnvolle Massnahme zur Schaffung von attraktiven Wohnquartieren und zur Schaffung von mehr Sicherheit. Auch wenn sie sich bewusst sind, dass die Schaffung von Tempo-30 Zonen bundesrechtlich immer schwierigeren Voraussetzungen unterliegt und von dem her der Standort noch nicht gesichert wurde.

Tanner Peter, SVP: Ich weise diese Anschuldigungen zurück, wie das Komitee am letzten Freitag in der Pressemitteilung klar dargelegt hat. Wir haben Vorkehrungen für das Liefern von Vorschlägen getroffen. Das war auch für einzelne Zonen gewesen, nicht nur flächendeckend. Das Bundesgerichtsurteil hat uns aber einen dicken Strich durch die Rechnung gezogen. Kritiker sind herzlichst eingeladen, es besser zu machen, wenn sie erklärte Experten von Tempo 30 sein wollen. Ich notiere alle und erinnere sie dann in ein paar Monaten an ihre grossen Worte.

Ich möchte noch kurz auf die Formulierung der Motion zurückkommen. „Der immer schnellere und rücksichtslosere Individualverkehr“; Stimmt das eigentlich so? Ich glaube eher nicht, denn die AZ veröffentlicht nämlich seit einiger Zeit die Resultate der regionalen Geschwindigkeitskontrollen. Und diese entlarven die erwähnte Formulierung als Stimmungsmacher. Zwischen 1 bis 10 % übertreten diese Limite von sehr leicht bis leicht. Leider gibt es natürlich Raser, ca. 1 bis 2 auf 100 unverbesserliche Typen der Automobilisten, die sich nicht an Regeln halten. Ganz Wohlten ist nach der Abstimmung viel schneller zu einer allgemeinen Verkehrsberuhigungsmassnahme gekommen. Das Markieren von Rechtsvortritt ist eine sinnvolle Massnahme. Diese sollte eigentlich viel früher ergriffen worden sein. Z.B. zum Zeitpunkt als Tempo 30 im Farnbühl geplant wurde, sprich im Jahr 2000 oder sogar noch früher. Nach dem Bundesgerichtsurteil weiss man, dass Tempo-30 Zonen nach aufwendiger Planungsarbeiten verlangen. Wären denn nicht einfachere Massnahmen vorzuziehen, wie z.B. vermehrte Kontrollen, Verengungen, prophylaktische Geschwindigkeitsmessungen. Das besondere Gerät, welches keine Busse zur Folge hat, sondern einfach die aktuelle eigene Geschwindigkeit anzeigt, allenfalls auch Radstreifen. Für all diese Massnahmen, welche ich kurz aufgezählt habe, müsste die Repol nur den entsprechenden Auftrag erhalten und schon wäre unsere ganze Auseinandersetzung beendet.

Benz Guido, CVP: Ich erinnere mich an die Auseinandersetzung um diese Zonen. Ich habe drei Stichworte von Peter Tanner und seinem Komitee aufgenommen:

1. Ich bin dafür.

2. Ich mache es schneller.
3. Ich mache es billiger.

Nun bin ich mit Peter Tanner einig. Wenn man die Verhältnisse in Basel, in Zürich betrachtet und sich fragt, wie kann man es billiger machen? Man muss einfach auf all die Bauten verzichten. Wenn man in Basel das Klaraspital betrachtet, ist das eine einfache Metallplatte, 5 cm hoch und 10 cm breit und davor steht eine Tafel. Auch in Zürich sieht man solche Beispiele. Das kommt meiner Meinung nach auf ein paar Tausend Franken. Ich weiss nicht, was eine Tafel kostet, evtl. 200 – 300 Fr.? Aus dieser Sicht finde ich, dass es besser ist, eine 30 Zone zu haben, auch wenn es einfacher wäre keine zu haben. Das zweite ist schneller. Wir haben von Peter Tanner und seinem Komitee nie was gehört und jetzt wird das Bundesgericht bemüht. Ich bin St. Galler und in diesem Bundesgerichtsentscheid ging es ja um St. Gallen. St. Gallen hat sehr viele 30 km/h-Zonen, aber es ging um eine Bestimmte. Das Bundesgericht hat gerügt, die Stadt St. Gallen habe sich auf das falsche Gesetz berufen. Die Stadt St. Gallen berief sich nämlich auf das Strassenverkehrsgesetz anstatt auf die Signalverordnung. Aber auch im Nachgang dieses Bundesgerichtsentscheides hat die Stadt St. Gallen gesagt, wir gehen mit diesen Tempo-30 Zonen genau gleich weiter, denn wir wissen jetzt, wie wir argumentieren müssen.

Auch wenn man die Zeitungen in den letzten Jahren verfolgt hat, sind überall in der Schweiz weiterhin 30 km/h-Zonen eingerichtet worden. Ich empfehle Ihnen allen, diesem vernünftigen Vorschlag der Motion zuzustimmen.

Bertschi Bruno, SVP: Ich gehe davon aus, dass Hedy Perroud und Anna Keller sich vorbereitet haben, bevor sie diese Motion geschrieben haben und sie können mir ganz sicher mitteilen, wie viele Unfälle, es in den Wohnquartieren in den letzten 5 Jahren z.B. mit Verletzten und mit Toten gegeben hat. Ronny Fricker möchte ich sagen, dass ich nur an Statistiken glaube, welche ich selber gefälscht habe.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich möchte zu zwei Themen Stellung nehmen. Das eine betrifft den Rechtsvortrag von Peter Tanner. Das Thema ist beim Gemeinderat nicht unumstritten. Es wird jetzt umgesetzt. Wir haben aber in keiner Phase an seine Äusserungen betreffend Tempo 30 gedacht. Das Andere betrifft die Äusserungen von FK-Präsident Guido Benz. Man macht sich eben schon noch Gedanken, wenn man die Unterschrift des FK-Präsidenten unter solchen Vorstössen liest. Ich erinnere an das Dringliche Postulat der Finanzplanung, welches wir an der letzten Sitzung besprochen haben. Es war die Rede einer Longlist bzw. brainstormingartige Liste der Möglichkeiten von Ideen und Vorschläge für Analysen und Massnahmen zur strukturellen Verbesserung des Finanzhaushaltes der Gemeinde Wohlen. Das wäre jetzt keine Longlist, sondern Shortlist. Meine Damen und Herren, es ist grundsätzlich ganz einfach, wenn man einfach nichts macht, wie jetzt in diesem Fall, dann kostet es nicht. Ich möchte Ihnen mit Blick auf die Budgetdiskussionen aufzeigen, dass man sich manchmal in guter Treue in Widersprüche begibt. Wir bitten Sie nochmals, diese Motion abzulehnen.

Stäger Urs, SVP: Tempo 30 ist ökologisch und ökonomisch unsinnig. Ich möchte den Grünen ans Herz legen, die EMPA-Studie zu konsultieren, wonach ein Fahrzeug mit Tempo 30 einen wesentlich höheren Schadstoffausstoss hat, als mit Tempo 40. Die neue Markierung – wurde auch an der letzten Einwohnerratssitzung gelobt – ist eine sehr gute Sache. Sie verhindert schnelles Fahren. Auch ich benutze etliche Schleichwege und Tempo 30-Zone nehmen gesamtschweizerisch nicht rasend zu. Vielmehr kommt diese Markierungsgeschichte.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Ich erinnere nochmals an die Folie, welche Ronny Fricker aufgelegt hat. Diese Zahlen sind sehr beeindruckend mit der Anzahl der tödlichen. Ein Unfall ist nichts geplantes, da kann jeder drin verwickelt werde, sei es als Automobilisten sowie als Fussgänger.

Diese grosse Zunahme sollte uns etwas wert sein, auch wenn uns diese etwas kostet und sich auf das Budget auswirkt. Jetzt komme ich noch zu Bruno Bertschi. Ich denke, dass ich dieser Folie vertrauen kann. Als Polizist wird er uns keine Zahlen vorlegen, welche keine Hände und Füsse haben.

Perroud Hedy, EL & Grüne: Ich habe die Unfallopfer nicht gezählt in den letzten Jahren. Ich bin der Meinung, dass wir nicht warten müssen, bis Unfälle passieren. Wir könnten auch vorbeugend arbeiten. Ich möchte daran erinnern, dass in diesem Frühling 3 Kinder auf dem Fussgängerstreifen (in Wohlen bei der Post angefahren worden sind. Natürlich ist das keine Tempo 30-Strasse. Aber wenn man Tempo 30-Zonen in den Quartieren hat, fährt man auch anständig auf den anderen Strassen. Zudem müsste man am richtigen Ort sparen und nicht dort, wo man mit vorbeugenden Massnahmen, Unfälle verhindern könnte.

With Corinne, SP: Wer fährt schon freiwillig und gerne Tempo 30? Es gibt in Wohlen viele Quartier mit Ecken und Bäumen, und wenn man dort mit 50 km/h um die Kurve geht, so ist es unmöglich zu bremsen bzw. das Auto frühzeitig zum Stehen zu bringen. Es ist deshalb in Ordnung, Tempo 30 in diesen Zonen einzuführen, wo es wirklich eng ist.

Benz Guido, CVP: Ich bitte den Gemeindeammann das Verhältnis zu bewahren. Ich möchte nicht, dass Wohlen in der Totenstarre erstarbt. Es wird immer wieder Sachen geben, wo ich der Meinung bin, es lohnte sich Geld auszugeben. Wir müssen schauen, dass wir unsere Mittel gut ausgeben. Genau hierfür benötigt man langfristig eine Planung. Ich bleibe bei meinen Aussagen, welche ich vor einem Monat gemacht habe. Diese beiden Sachen so zu verbinden, ist ziemlich unzweckmässig sogar billig.

Tanner Peter, SVP: Ich bin in dieser Motion auf polemischer Art und Weise angegangen worden! Hedy Perroud hat es angesprochen, ich solle Prophylaxen machen und voraus planen. Erstens hat die Bevölkerung diese Motion klar abgewiesen. Und zweitens ist das Schlimmste dieser Motion, dass in allen anderen neuralgischen Gebiete nicht beruhigt wird. Jetzt werden mit der selben Forderung die anderen Quartiere bestraft oder zumindest diskriminiert. Hinterfragt doch mal unsere Meinung. In diesem Saal ist vermutlich niemand gegen Verkehrsberuhigungsmassnahmen, aber ohne Tempo 30. Zu den Kosten möchte ich noch kurz anfügen: man hat damals über Fr. 82'000 abgestimmt, also ja oder nein gesagt. Genau das kam heute wieder zum Vorschein. Nämlich die Planung und die Planung wird noch teurer. Die hat man dannzumal bei der Abstimmung unterschlagen. Unterschlagen ist vielleicht ein zu hartes Wort und ich ziehe dieses zurück. Aber die Planung bzw. Vorausplanung für ein Quartier oder eine einzelne Strasse kostet über Fr. 10'000.00.

Keller Anna EL & Grüne: Ich möchte Guido Benz unterstützen. Man muss nicht bis ins Baslergebiet fahren. Man kann auch nach Bremgarten gehen, oder mit dem Velo fahren, oder mit dem Auto oder auch mit dem Zug. Dort gibt es ganz einfache Möglichkeiten, z.B. in diesem Quartier, wo ich aufgewachsen bin, um den Sportplatz herum, wo seit einigen Jahren eine 30 Zone vorhanden ist und nicht aufwändig gemacht worden ist. Das Zweite, was ich ergänzen möchte ist: Es gibt zunehmend Familien, wo die Attraktivität einer Ortschaft u.a. an verkehrsberuhigende Quartiere mit 30 Zonen messen. Weil das heute dermassen verbreitet ist und man überlegt sich dann auch einmal mehr, soll ich nach Wohlen ziehen oder nicht. Es wäre eine einfache, menschenfreundliche Möglichkeit für Jung und Alt, Wohlen attraktiver zu machen.

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Meiner Meinung nach bringt Tempo 30 sehr wohl eine Verkehrssicherheit mit. Was mir mehr Mühe bereitet in dieser Motion ist, dass man meistens mit baulichen Massnahmen die Leute zwingen möchte, sich an das Limit Tempo 30 zuhalten, was auch wieder ein Gefahrenpotential darstellt. Siehe z.B. in Aarau, wo ich früher mit dem Velo hingefahren bin. Es war für mich ein Horror das Velo um diese Blumenkisten zu manövrieren. Ich bin grundsätzlich jederzeit für eine Tempo 30 Zone, obwohl ich heute im Rollstuhl die Erfahrung mache, dass in Wohlen in den Quartieren vernünftig gefahren wird. Deshalb ist es für mich nicht eine absolute Dringlichkeit. Ich bin für eine Tempo 30-Zone, jedoch – wenn es möglich ist – ohne bauliche Massnahmen.

Neeser Kurt, FDP: Ich möchte auch noch schnell wegen Unfällen etwas sagen. Unfälle haben wir hauptsächlich auf Hauptstrassen, auf Nebenstrassen geschehen praktisch keine. Es ist effektiv immer auf der Hauptstrasse, sei es Villmergerstrasse und Zentralstrasse. Das Problem ist ja, dass wir selber daran schuld sind, dass es schneller Strassen gibt. Schauen wir doch mal die Allmendstrasse an. Wie will man eine solche breite Strasse, wo sich Schulhäuser befinden, baulich verändern? Das sind eben Fehler, die wir selber gemacht haben. Andererseits ist z.B. die Obere Halde eine so schmale Strasse, da kann man nicht schnell fahren und es fährt auch keiner schnell. Ich bin manchmal auch zu Fuss unterwegs und dort wird effektiv nicht gerast. Sonst soll die Repol Kontrollen durchführen und sie müssen sagen, wo schnell gefahren wird und nicht die Anwohner, welche dort leben, denn diese fahren meistens etwas schneller.

#### **Abstimmung:**

Die Motion 11042 betr. Weiterprojektierung der „Tempo 30-Zone“ wird mit 19 Ja-Stimmen zu 15 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung überwiesen.

97            0.011.2    Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Anfragen  
Anfrage 11048 betr. Legislaturprogramm

Es wird keine Diskussion verlangt.

98            0.011.2    Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Anfragen  
Postulat 11053 betr. Bewilligung öffentlich zugänglicher Veranstaltungen

Thiébaud Alain, FDP: Bei diesem Postulat handelt es sich preiszugeben, wie es früher aussah und wie es nun in der Zukunft aussehen wird. Bisher war es so, dass die Repol Wohlen die Bewilligungen für Feste erteilte, aber eigentlich nur unter der Auflage, dass ab 22.00 Uhr strikte Nachtruhe einzuhalten sei. Das war v.a. ein Problem für solche Feste, die in ihrer Natur nicht so leise sind und in der Einhaltung der Nachtruhe nicht realistisch sind. Mein Postulat bezweckt jetzt das Polizeireglement so zu verändern, dass es inskünftig auch möglich ist, Bewilligungen zu erteilen, welche effektiv bis nach 22.00 Uhr dauern.

*(Folie wird aufgelegt)*

Als Beispiel dafür wie es bisher aussah, habe ich die Bewilligung des BüNaFe 2007. Wie daraus zu ersehen ist, gibt es im gleichen Abschnitt zwei Aussagen, welche sich widersprechen. Die Konzert-Bewilligung bis 01.45 Uhr und die Nachtruhe ab 22.00 Uhr. Wie soll sich nun der Veranstalter daran ausrichten. Diese Regelung kann doch nur der Veranstalter eines Blockflötenkonzerts befolgen. Weil diese Aussagen sachlich nicht zu vereinbaren sind, resultiert eine grosse Unsicherheit bei den betroffenen Veranstaltern. Man kann das z.B. mit der Diskussion der Tempo-Tafel vergleichen. Die Unsicherheit ist etwa die selbe, wie wenn die Polizei am Ortsausgang nebeneinander eine 80-Tafel und eine 60-Tafel hinstellen würde. Wie schnell darf man nun fahren? Es geht nicht, dass der Staat widersprüchliche Anweisungen gibt. Vor allem denn, wenn er danach eingreift. Sprich am Beispiel der beiden Tafeln die Polizei nach diesen Tafeln steht und denen die 80 km/h fahren eine Busse für die 20 km/h zu schnelles Fahren verteilen. Wenn er so eingreift hat er das Recht der Bürger verletzt. Der Bürger hat vom Staat Anspruch darauf, vollziehbare Anweisungen zu erhalten. Er darf nicht benachteiligt werden, wenn der Staat widersprüchliche Anweisungen erteilt. Das ist auch durch Art. 5 Abs. 3 unserer Bundesverfassung des Prinzips von Treu und Glaube garantiert. Im Falle des BüNaFe hat die Polizei kurzerhand abgebrochen und zwar um 23.15/23.30 Uhr anstelle der Bewilligung bis 01.45 Uhr. Indem sie jetzt hier die schärfere der widersprüchlichen Anweisungen umgesetzt hat, hat sie die Bundesverfassung verletzt. Die Repol hat hier das Prinzip von Treu und Glauben missachtet, das geht so nicht. Das vorliegende Postulat ist nun der Versuch, die widersprüchliche und rechtswidrige Praxis der Repol zu ändern. Es muss in einer Zentrumsgemeinde wie Wohlen möglich sein, Feste zu feiern, ohne mit dem Abbruch der Polizei rechnen zu müssen. Man kann schon behaupten, dass das bestehende Polizeireglement ausreicht, Bewilligungen zu erteilen. Das Problem ist, dass es jeweils im Bereich ist von könnte, würde, wenn man nur und wenn man es anders auslegen würde. Nur die Praxis der Repol ist im Moment anders. Und weil wir hier als Parlamentarier nicht das Recht haben, uns direkt wegen der Gewaltentrennung einzumischen, müssen wir bei der Rechtsgrundlage des Polizeireglements ansetzen. Darum fordere ich eben diese Anpassung des Polizeireglements. Diese soll Klarheit schaffen und feststellen, dass eine Bewilligung eben eine Bewilligung ist und nicht irgendetwas dazwischen. Die Veranstalter die für das kulturelle Leben von Wohlen etwas auf die Beine stellen, sollen und dürfen die Sicherheit haben, dass auch die ihre Rechnung aufgeht. Ich bin zugegebenermassen erstaunt, weshalb eine solche Anpassung – jedenfalls laut meinen Informationen – beim Gemeinderat auf grosse Ablehnung stösst. Es bleibt mit nichts anderes übrig als auf die formal-juristischen Argumente einzugehen. Es wurde bereits erwähnt, dass die

Vereinbarung der Regionalpolizei mit den umliegenden Gemeinden ausschliessen, dass die eine Gemeinde ein anderes Polizeireglement hat bzw. andere Regelungen als eine andere Gemeinde. Wenn jede Gemeinde ein anderes Polizeireglement hätte, wäre es ja nicht mehr anwendbar. Aber in dieser Vereinbarung ist heute nichts davon erwähnt. Das heisst für mich, dass wenn es begründete Fälle gibt, eben eine Gemeinde wie Wohlen durchaus andere Bestimmungen in ihrem Reglement haben kann.

Das zweite Argument war, dass Polizeigesetz oder Kantonales Polizeidekret oder auch Gemeindegesezt einer Änderung des Reglements entgegen stehen. Ich habe diese Gesetze durchgelesen und mir ist nichts aufgefallen, das dem so widersprechen würde. Ich kann das nicht verstehen. Die Beratungspflicht habe ich nicht selber entwickelt, ich habe diese vom Polizeidekret des Grossen Rates abgeschrieben. Das muss die Repol machen, auch wenn sie behauptet, sie habe diesbezüglich keine Ressourcen. Ein weiterer Grund war die Discoverordnung, welche solche Feste ohnehin verbieten würde. Das verstehe ich wiederum nicht. Diese bezweckt den Schutz der Veranstaltungsbesucher vor übermässiger Lärmauswirkung, welche das Gehör schädigen können. Diese ist ohnehin einzuhalten und hat nichts mit der Nachtruhe zu tun. Zu guter Letzt ist mir auch bewusst, dass die von mir in diesem Postulat vorgeschlagene Regelung verbesserungswürdig sein könnte – so kann man dieses Ändern und Umsetzen. Deshalb lege ich Wert darauf, dass es beim gesamten Vorstoss um ein Postulat handelt. Der Gemeinderat hat somit die Freiheit, dieses zu überprüfen und gegebenenfalls auch eigene Vorschläge zu machen. Die Zustimmung bedeutet also nicht, dass wir bereits alles festgelegt haben. Besten Dank.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Ich werde hier einige Sachen wiederholen, welche Alain Thiébaud bereits als Begründung erwähnt hat. Der Gemeinderat bittet Sie, dieses Postulat nicht zu überweisen. Dieses Postulat begründet sich auf zwei Veranstaltungen. Einerseits auf dem Kirchenfest und andererseits auf dem BüNaFe. Die Polizei musste aufgrund vieler Reklamationen wegen Lärm eingreifen. Viele andere Veranstaltungen in Wohlen haben ohne besondere Vorkommnisse oder Reklamationen mit Bewilligung nach dem jetzt geltenden Reglement durchgeführt werden können. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es aufgrund von zwei Veranstaltungen nicht sinnvoll ist, ein Reglement zu ändern. Die bisherige Praxis hat in allen anderen Fällen immer gut funktioniert. Bei der Einleitung des Polizeireglements bzw. in der Vereinbarung steht zudem, dass das Polizeireglement der Vertragsgemeinden der Regionalpolizei aufeinander abgestimmt sein müssen. Alle Vertragsgemeinden müssten diese Reglementsänderung also prüfen. Es empfiehlt sich aus dieser Sicht nur eine Reglementsänderung in Angriff zu nehmen, wenn mit der bisherigen Regelung wirklich keine Lösung gefunden werden kann. Auch hier ist der Gemeinderat der Meinung, dass Lösungen – wie es sich auch in vielen anderen Veranstaltungen gezeigt hat – mit dem jetzigen Polizeireglement ohne Weiteres möglich sind. Der Veranstalter ist für eine saubere Organisation und Durchführung der Veranstaltung verantwortlich. Gemäss dem Vorschlag von Alain Thiébaud wird das Prinzip der Verantwortlichkeiten betreffend Bewilligungspraxis und Beratungsverpflichtung zu einem grossen Teil auf den Kopf gestellt. Auch dies ist nach Ansicht des Gemeinderats nicht sinnvoll. Die Verantwortung soll beim Veranstalter bleiben. Man bedenke, dass die Repol aufgrund der Abstimmungspflicht der Reglemente in der Konsequenz auch bei allen anderen Vertragsgemeinden gefordert wäre. Irgendwann würde man dort an die personelle Grenze stossen. Auch nach dem jetzigen Reglement werden die Interessen abgewogen. Die Polizei bietet auch nach der heutigen Regelung den Veranstaltern eine Beratung an und führt diese auch durch. Die Beratung der Veranstalter ist eine Aufgabe der Repol und im Kantonalen Polizeidekret geregelt. Es muss zudem auch gesagt werden, dass das Recht der Einwohnerinnen und Einwohner, welche ein gewisses Mass an Nachtruhe erwarten, ebenfalls gewahrt sein muss. Ich weise nochmals darauf hin, dass es bei zwei Veranstaltungen Beanstandungen gegeben hat, wo die Polizei eingreifen musste. Bei allen anderen gab es keine Probleme. Wir bitten Sie das Postulat nicht zu überweisen.

Stäger Urs, SVP: Ich vertrete die Meinung der Fraktion der SVP Wohlen-Anglikon. Unsere Fraktion unterstützt das Postulat 11053 von Alain Thiébaud einstimmig. Er hat ein offenbar bestehendes Problem erkannt (siehe BÜNAFE 2007, siehe Chilefäscht 2006, auch wenn die Fehler vielleicht nicht immer beim Reglement selber lagen). Wir sind auch der Meinung, dass die Regionalpolizei kaum überfordert sein wird, wenn das Reglement über Veranstaltungen in der Regionalmetropole von den umliegenden Gemeinden abweicht. Unsere Gemeinde mit ihrer Zentrumsfunktion und auch mit ihrem kulturellen Angebot muss doch naturgemäss eine andere, flexiblere Regelung ins Polizeireglement aufnehmen können als kleinere Gemeinden. Als Regionalzentrum hat man auch auf verschiedene Kulturanlässe und auf deren Durchführung Rücksicht zu nehmen. Wir danken Alain Thiébaud, dass er dieses Problem erkannt hat. Wir danken ihm auch, dass er mit seinem Postulat sogar noch einen konkreten Lösungsansatz eingebracht hat. Der Gemeinderat kann bei der Beantwortung des Postulates durchaus vom Vorschlag Thiébaud abweichen, wenn er noch bessere Ideen hätte. In diesem Sinne beantragen wir: Stimmen Sie diesem konstruktiven Vorschlag zu!

Isler Roger, CVP: Wir sind mit der Stossrichtung des Antrags sehr einverstanden. Nach Abklärungen und teilweise auch aus persönlichen Erfahrungen als Veranstalter sind wir aber der Meinung, dass es diese Ergänzung nicht zwingend braucht. Wenn man als Veranstalter mit der Repol Kontakt aufnimmt, die üblichen Bedingungen erfüllt und die verantwortliche Person der Repol den Veranstalter auch gut berät, wird diesem die Bewilligung auch erteilt, was in der Vergangenheit leider auch nicht immer klappte. In heiklen Fällen wird die Bewilligung vom Gemeinderat erteilt. Man kann auch einen Rekurs machen, wenn die Repol der Meinung ist, dass man es so nicht bewilligen kann. Wir werden den Antrag nicht unterstützen, hoffen aber dass die Bewilligungspraxis verhältnismässig ist und sie sich auch nicht verschlechtern wird. Es muss möglich sein, dass man in Wohlen ein richtiges Fest machen kann, sei es eine alt-eingesessene Fasnachtsgesellschaft ist oder eben ein paar junge Leute, die etwas organisieren. Dass es auch laut werden kann, ist klar und man benötigt auch ein wenig Toleranz in einer solchen Gemeinde.

Siebenmann Johannes, EVP: Die Fraktion Freies Wohle/EVP ist in dieser Frage noch sehr gespalten. Das Problem zu erkennen, ist sicherlich der erste Schritt. Die entscheidende Frage ist aber, ob dieses Postulat notwendig ist, um dieses Problem lösen zu können. Hier gibt es offensichtlich unterschiedliche Auffassungen. Du, Alain, behauptest, ja das benötigen wir. Auf der anderen Seite wird das entschieden bestritten. Wir haben vorhin den § 14 Abs. 2 aus dem Polizeireglement gesehen, ich hätte aber noch sehr gerne den § 14 Abs. 4 gesehen. Du, Alain, erwähnst diesen selber im Postulat und gemäss Auskunft von Peter Christen ist es so, dass dieser Paragraph Ausnahmewilligungen ermöglicht. Das heisst, dass das jetzt bestehende Reglement genügt, um Veranstaltungen wie das Chilefescht und das BüNaFe bei rechtzeitiger Eingabe entsprechend verlängern zu können. Falls dies tatsächlich so ist, würde ich persönlich keinen Grund sehen, dieses Postulat überweisen zu müssen. Wenn es nicht so ist und tatsächlich Klärungsbedarf besteht, würde sich vermutlich unsere Fraktion einstimmig diesem Postulat anschliessen.

Thiébaud Alain, FDP: Ich möchte dieser Argumentation – das Postulat sei nicht nötig, da mit dem §14 Abs. 4 bereits Ausnahmen bewilligt werden können – entschieden entgegen treten. Mir zeigt die Praxis der Regionalpolizei, wie ein solcher Paragraph gehandhabt wird und nicht was man theoretisch verstehen könnte. Es wurde angetönt, dass mein Postulat sich „nur“ auf die Bewilligungen des BüNaFe stütze, ich möchte dem auch widersprechen.

*(Folie wird aufgelegt.)*

Hier sehen Sie 2 Beispiele von Veranstaltungsbewilligungen der Jahre 2004 und 2006 ausgestellt von der Regionalpolizei. Wenn man diese genau durchliest, merkt man, dass nicht das BüNaFe

falsch kommuniziert hat mit der Polizei, sondern dass sämtliche Feste in den letzten Jahren seit dem Inkrafttreten des Polizeireglement 2003 den gleichen Satz in ihrer Bewilligung haben. Damit befindet sich die Repol gegenüber den Veranstaltern abseits von Treu und Glauben. Ihr Verhalten ist verfassungswidrig und das geht für mich nicht. Deshalb ist mir dieses Postulat wichtig und ich denke, dass es wichtig ist, es zu überweisen.

Keller Anna, EL & Grüne: Ich vertrete die Meinung der Fraktion EL & Grüne und SP. Wir unterstützen das Postulat von Alain Thiébaud. Wir finden es wichtig, dass eine Klärung stattfindet und wir finden es auch stossend, wenn ein Fest, wo junge Leute aus der ganzen Region teilnehmen, auf einer solchen Art und Weise unterbrochen wird. Ich denke, hier müsste zum Vornherein Klarheit herrschen und nicht zum Schluss Frust.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich möchte es Alain Thiébaud sagen, dass man das so wie er das macht, diskutieren kann. Wir sind aber nicht an einem juristischen Seminar und es geht nicht um Treu und Glauben der Repol. Wir müssen die Praxis anschauen. Wie war es in den letzten Jahren? Wir hatten verschiedene und grössere Anlässe, z.B. die HAGEWO. Wir hatten immer Freinacht. Das funktioniert am Besten, wenn die, die für die Unterhaltung beauftragt sind auch schauen, dass die Lokalitäten, die mit Musik bestückt sind, ein wenig ihre Lautstärke reduzieren. Das zweite Beispiel, welches erwähnt wurde, war das Kirchenfest. Ich muss es sagen aber es war eindeutig falsch geplant. Die Organisatoren haben vergessen dort Freinacht einzugeben. Deshalb musste die Repol eingreifen. Hätte man Freinacht eingegeben, wäre dies nicht geschehen. Wir haben eine dritte Art von Anlässe z.B. Open-Airs, welche problemlos über die Bühne gingen, weil die entsprechenden Anträge eingegangen sind. Jetzt kommt das, was Alain Thiébaud – als ehemaliger Kantischüler – am nächsten liegt, und zwar das BüNaFe. Wir müssen leider sagen, dass aufgrund von Erfahrungen verschiedenster Jahre am Schluss des BüNaFe Saubannerzüge stattgefunden haben, welche den Ausgangspunkt beim BüNaFe hatten. Ich erinnere mich vor einigen Jahren, wo Gemeinderat Toni Schürmann noch nicht im Amt war, ist man mit diesen Leuten zusammen gesessen und hat vereinbart, dass sie Vorkehrungen für das nächste Jahr treffen müssen. Ich möchte den Tipp geben, dass nicht nur die 3. Klasse-Kantischüler jedes Jahr ein solches Fest veranstalten, sondern dass es jeweils eine Überlappung gibt, um gewisse Erfahrungswerte austauschen zu können. Das Problem beim letzten BüNaFe war, dass offenbar die lautesten Bands erst morgens um 24.30 Uhr gespielt haben. Schlussendlich ist dies eine Abwägung und wenn man von Treu und Glauben spricht – auch gegenüber der übrigen Bevölkerung – kann man mit dem bestehenden Reglement bei einer guten Organisation ziemlich alles unter einem Hut bringen. Aber ich bitte Sie, dieses Postulat abzulehnen. Und ich bitte die Leute, wie Alain Thiébaud, sich den jungen Leuten als Mitorganisator zur Verfügung zu stellen. Diese können davon ausgehen, dass die Repol diese mit bestem Wissen und Gewissen unterstützen wird.

Benz Guido, CVP: Ich war gegen die Akzeptanz des Postulats. Ich wurde informiert, es sei ein Fehler passiert bzw. die Polizei habe einen Fehler begangen. Nun möchte ich wissen, ist das so oder nicht? Dass es nämlich ein Fehler war und dass das BüNaFe länger als 22.00 Uhr geht, scheint mir ziemlich klar zu sein. Wenn es ein einmaliger Fehler ist, muss man deswegen nicht Reglement und Gesetz ändern wollen. Falls es aber nicht so ist, dann bin ich für die Überweisung dieses Postulats.

Schürmann Toni, Gemeinderat: Von einem Fehler habe ich keine Kenntnis. Es ist immer ein Abwägen, was will man zulassen und was nicht. Es ist bei einem Fest eben auch ohne Weiteres so, dass sich gewisse Sachen verändern. Dass es eben gegen Ende des Anlasses lauter wird. Man kann alles, wie es Alain Thiébaud gesagt hat, formal-juristisch regeln. Kann aber auch sein, dass dann gewisse Freiheiten nicht mehr vorhanden sind. Dann kann vorkommen, dass die Toleranz

der Anwohnern, welche unter diesem Lärm leiden, weniger grosszügig ist und man mehr Rücksicht nehmen muss. Es ist bei diesen Festen und Veranstaltungen nötig, dass man aufeinander Rücksicht nimmt. Das ist alles mit dem jetzigen Reglement gewährleistet. Deshalb möchte ich Ihnen empfehlen, dieses Postulat nicht zu überweisen.

Thiébaud Alain, FDP: Ich möchte kurz darauf Stellung nehmen, ob es sich beim BüNaFe tatsächlich um einen Einzelfall handelt und ich möchte hier auch an Walter Dubler eine Antwort geben. Das BüNaFe ist mit dieser Bewilligung und diesem Wortlaut kein Einzelfall. Ich weise darauf hin, dass die beiden anderen Bewilligungen, welche ich gezeigt habe, von Open-Airs der letzten Jahre stammen.

Stäger Urs, SVP: Als Bewohner des Trottenweg bekomme ich fast jedes Fest mit, welches unten im Dorf stattfindet, sei es in der Niedermatten, Kunsteisbahn, BüNaFe oder irgend ein privates Fest, welches keine Bewilligung benötigt. Es käme mir nie in den Sinn, deswegen die Regionalpolizei aufzubieten. Man muss einfach tolerant sein.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: So wie es dargelegt wurde, wird formal-juristisch keine Änderung des Reglements benötigt. Es darum, wie der Gemeinderat dies geregelt haben möchte. Wenn man tatsächlich zwei verschiedene Zeiten angibt (22.00 Uhr / 04.00 Uhr), um bei Reklamationen sofort eingreifen zu können, gibt es auch für den Veranstalter keine Rechtssicherheit. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir dieses Postulat – um mehr Rechtssicherheit zu schaffen – benötigen.

## **Abstimmung**

Das Postulat 11053 wird mit 24 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen überwiesen.

Bertschi Bruno, SVP: Es gibt im Fall Steiner zu viele Ungereimtheiten. Es darf und kann uns Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten nicht egal sein, wie unsere Bürger behandelt werden. Ein kranker Mensch, wo die Krankheit durch anerkannte Fachleute eindeutig attestiert worden ist, darf nicht einem Anwalt ausgeliefert werden. Nachdem auch belegt ist, dass grosse Interessenkollisionen vorliegen, muss dieser Fall hier im Saal diskutiert werden. Wer diese Diskussion verweigert, stellt sich automatisch hinter die fragwürdigen Hauptdarsteller dieser Tragödie. Ich bitte Sie, dieser Diskussion zuzustimmen und danke für das Verständnis.

### **Abstimmung betreffend Diskussion**

Der Einwohnerrat beschliesst mit 21 Ja-Stimmen zu 14 Nein-Stimmen die Diskussion.

*Vizeammann Harold Külling tritt in den Ausstand.*

Bertschi Bruno, SVP: Ich habe ein dickes Dossier der Familie Steiner erhalten. Ich habe dieses studiert und es sind mir teilweise auch die Haare zu Berge gestanden. Ich begegnete Frau Steiner vor etwa 3 Wochen in Weggis. Frau Steiner leidet sichtlich darunter. Wenn man ein Leben lang gearbeitet hat, dann wird es einem übel, wenn man sieht, wie mit diesen Leuten ungegangen wird. Frau Steiner hat am 24. Juni 2007 einen Brief, adressiert an Herrn Walter Dubler, Wehrlistrasse, 5610 Wohlen, geschrieben. Sie hat auf zwei Seiten detailliert den ganzen Fall nochmals geschildert und ihn auch um Hilfe gebeten. Die Antwort des Gemeindeammanns war ein Brief der Gemeindeganzlei: „Im Auftrag von Gemeindeammann Walter Dubler sende ich Ihnen die Antwort zur Anfrage 11054 von Einwohnerrat Bruno Bertschi betreffend Anwalt und Sozialvorsteher Harold Külling. Ich bitte Sie um Kenntnisnahme.“ Der Brief wurde nicht von Gemeindeammann Walter Dubler unterzeichnet, sondern von Frau Betschart, Gemeindeganzlei-Stv. Darauf schrieb Frau Steiner einen zweiten Brief an Herrn Dubler. In diesem schrieb Sie, dass Sie davon ausgehe, dass eine persönliche Stellungnahme von ihm auch noch eintreffen werde. Diese traf auch mit einem 7-zeiler ein. Es sind ärztliche Gutachten vorhanden, die belegen, dass Herr Steiner sehr krank ist und von einem solchen Fall lässt jeder anständige Anwalt die Finger weg.

Siebenmann Johannes, EVP: Ich habe der Diskussion aus folgendem Grund zugestimmt. Mir war es wichtig, dass es als Ausdruck meiner persönlichen Betroffenheit über die menschliche Tragik dieses Falls verstanden wird. Das ist spürbar, auch während der Sitzung. Auch wenn es nicht gesagt werden kann, wird es nun angesprochen. Ich unterstütze auch die Aussagen von Bruno Bertschi. Es wäre wünschenswert, dass persönliche Briefe auch persönlich beantwortet werden. Das verleiht einem zumindest das Gefühl, dass man ernst genommen wird, was in einer solchen Situation wichtig ist. Es kann von niemandem erwartet werden, weder vom Gemeinderat noch von uns Einwohnerräten, dass wir nun ein Urteil fällen. Ich habe mir das vorgängig überlegt. Ein Pol sind die finanziellen und persönlichen Interessen von Herrn Steiner, unabhängig des Gesundheitszustandes. Beim anderen Pol denke ich an den barmherzigen Samariter. Ein Mann ist unter die Räuber gekommen, viele Anwälte gehen vorbei ohne sich um den armen Mann zu kümmern. Nur ein einziger wendet sich dem überfallenen Mann zu und dies wäre in unserem Fall Herr Harold Külling. Wo die Wahrheit liegt, kann ich heute Abend nicht entscheiden. Dazu fehlen mir die Kenntnisse, einerseits juristisch und andererseits stehen mir die Fakten nicht zur Verfügung. Mir ist wichtig, dass der menschlichen Tragödie Rechnung getragen wird.

Meier Regula, FDP: Der Fall Steiner wie der Fall Külling beschäftigen die Gemeinde Wohlen schon seit Längerem. Nach wie vor bin ich der Meinung, dass dies eine Sache zwischen den Angehörigen von Joseph Steiner und Harold Külling ist. Ich habe in diesem Sinne auch im Juni als Fraktionspräsidentin Stellung bezogen. Ich stehe nach wie vor – was die politische Ebene betrifft – hinter dieser Aussage. Ich bin ganz klar der Meinung, dass dieses Thema nicht in den Einwohnerrat gehört. Es schmerzt mich jedoch sehr zu sehen, wie das Leiden der Familie Steiner und die menschliche Tragödie, welche dahinter steckt, für ein politisches Spiel missbraucht wird. Ich will so nicht politisieren. Das ist für mich menschenunwürdig und ich schäme mich dafür. In diesem Sinne möchte ich mich bei der Familie Steiner entschuldigen. Was ich persönlich nicht verstehe, ist das Verhalten des Gemeinderates. Früher gab es den schönen Namen der Gemeindeväter. Auch heute werden solche Väter gebraucht. Es gib nicht nur eine richtige oder falsche Seite, schwarz oder weiss und Fakten. Es gibt eine Ebene, die man Sozialkompetenz nennt. Und hier erwarte ich von den Gemeindeväter etwas mehr Respekt gegenüber den Menschen. Im Fall der Familie Steiner wäre es nur gerecht, als Gemeindeammann persönlich auf persönlich adressierte Briefe zu reagieren. Meine Damen und Herren, ich möchte nicht länger über dieses Thema Harold Külling und Familie Steiner diskutieren. Ich erwarte, dass sich der Gemeinderat überlegt, wie er diesem elenden Thema auf einer menschenwürdige Art seitens unserer Behörde entgegen treten kann. Zudem bin ich der Meinung, dass die Familie ein Recht hat, angehört zu werden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Was den Sachverhalt betrifft, sind Fragen gestellt worden, welche wir Ihnen nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet haben. Das Dossier geht bis ins Jahr 2002 zurück, wo die ersten Amtshandlungen stattgefunden haben. Damals war Frau Steiner mit einer ihrer Töchter bei mir und ich kann nur eines sagen: Die Amtshandlung des Gemeinderates (damals als Vormundschaftsbehörde) und die anwaltliche Tätigkeit von Harold Külling sind absolut getrennt gewesen. Die Ausstandsregelungen wurden immer befolgt. Harold Külling hat keinesfalls weder direkt noch indirekt Einfluss genommen. Aber etwas – meine Damen und Herren – müssen alle gemerkt haben, dass es um Interessenkonflikte und unterschiedliche Ansichten innerhalb der Familie Steiner geht. Dies wurde auch durch den Pressebericht dokumentiert. Ich bin auch für Menschlichkeit, bitte Sie aber auch um Verständnis, da es Fälle gibt, wo man sehr vorsichtig sein muss, inwiefern man sich darin verwickeln lässt. Vorhin wurde von Herrn Bertschi erwähnt, dass das Schreiben eingegangen ist. Aber es steht einem Gemeindeammann nicht zu Richter zu spielen gegenüber einem Gemeinderatskollegen, der Anwalt ist. Was wir als Vormundschaftsbehörde machen konnten, haben wir auch gemacht. Damals, das ist richtig, habe ich den Auftrag an die Gemeindeschreiber-Stv., Daniela Betschart, erteilt, ein Antwortschreiben zu verfassen. Bruno Bertschi erwähnte noch, dass Frau Steiner einen zweiten Brief verfasst hätte mit dem Inhalt: „Ich nehme an, dass sei als einstweilige Stellungnahme zu betrachten und dass Sie mir auf einen persönlichen Brief noch persönlich antworten werden.“ Darauf habe ich Frau Steiner am 3. Juli 2007 folgenden, als Gemeindeammann selber unterzeichneter Brief geschrieben: *„Ihr Schreiben vom 27. Juni 2007. Sehr geehrte Frau Steiner. Daniela Betschart, Gemeindeschreiber-Stv., hat Ihnen in meinem Auftrag die Antwort des Gemeinderates zur Anfrage betr. Rechtsanwalt Harold Külling vom 18. Juni 2007, welche an den Einwohnerrat ging, zugestellt. In dieser Antwort ist alles, was es aus behördlicher Sicht zu sagen gibt, festgehalten. Ich habe nichts mehr beizufügen. Die Auseinandersetzung, welche Sie mit Rechtsanwalt Harold Külling führen, ist rein privat-rechtlich und hat mit dem Gemeinderat Wohlen nichts zu tun. Ich bitte Sie deshalb um Verständnis, dass ich mich zur Angelegenheit betreffend Ihres verstorbenen Mannes nicht weiter äussere. Freundliche Grüsse Walter Dubler, Gemeindeammann.“* Meine Damen und Herren, glauben Sie nicht, dass keine Menschlichkeit seitens des Gemeinderats oder Gemeindeammanns herrscht. Hier wäre es falsch gewesen, sich in eine Funktion drängen zu lassen, bei der es um unterschiedliche Interessen innerhalb dieser Familie Steiner geht. Ich möchte Ihnen folgendes sagen: Es gab Situationen, wo Herr Steiner noch in der Psychiatrischen Klinik gelebt hatte und es um den fürsorgerischen Freiheitsentzug ging. Harold Külling war dort als Anwalt und ich als Vertreter der Vormundschaftsbehörde anwesend. Zudem war noch der damalige Gemeinderat Er-

win Meier anwesend. Es ist einfach eine ganz komplexe Geschichte. Fragen Sie sich, ob es nicht die politische Situation ist, welche schlussendlich dazu führt, dass eine solche Geschichte via Beobachter gestartet wird. Meine Damen und Herren, betreffend Äusserungen gegen unsere Menschlichkeit muss ich Ihnen sagen, dass das hier bestehende Problem nicht lösbar ist. Das müssen Sie sich bewusst sein. Wenn man schon von Stil spricht, dann muss ich Ihnen sagen, dass das offene Schreiben, welches am Samstag in der Aargauer Zeitung veröffentlicht war, dort zum ersten Mal zu sichten war. Es ist heute in 7-facher Ausführung im Gemeindehaus abgegeben worden d.h. wir haben es heute erhalten. Der Gemeinderat als Vormundschaftsbehörde hat eine Rolle, aber auch diese hat ihre Grenzen.

Perroud Arsene, SP: Wir sind gespaltenen Meinung, ob das hier diskutiert werden soll oder nicht. Einen Teil von uns ist der Meinung, dass der Einwohnerrat nicht über solch privat-rechtliche Angelegenheiten diskutieren darf. Ob dies moralisch verwerflich ist oder nicht, sei dahingestellt. Ein anderer Teil findet, man solle diskutieren. Mir persönlich ist es dabei unwohl. Es ist eine Geschichte, die viele Verletzungen herbeigeführt hat und ein öffentliches Verhandeln finde ich nicht richtig. Die Antwort, ob das Verhalten des Gemeinderates Harold Külling richtig oder falsch ist, wird sich bei den nächsten Wahlen ergeben. Wir werden auch nicht weiter Stellung dazu nehmen. Wir bedauern die Familie Steiner in aller Form.

Meier Regula, FDP: Ich möchte nochmals sagen, dass ich mich zum Fall Steiner/Külling nicht äussern möchte. Ich möchte nur den Gemeinderat bitten, dieser Familie Gehör zu schenken, und zwar in einer persönlichen Art und nicht mit einem Brief.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wir haben einige Argumente gehört, welche dafür und dagegen sprechen. Als sehr unpassend empfand ich das Bild des barmherzigen Samariters, welches Pfarrer Siebenmann uns aufgezeigt hat. Er sagte uns, es gäben zwei Pole und ich weiss nun einfach nicht, bei welchem Pol der Samariter nun wäre. Es würden mir noch andere Beispiele aus der Bibel einfallen, welche ich aber aus Höflichkeit nicht erwähnen möchte. Ich hätte es übrigens auch begrüsst, wenn Herr Külling bei dieser Diskussion hätte teilnehmen können. Er hätte unseres Erachtens, den Saal nicht verlassen müssen. Dem Votum „Bertschi“ kann ich mich auch als Jurist, Herr Gemeindeammann, zu 100 % anschliessen. Was Bruno Bertschi sagte, ist korrekt. Ich bin schockiert, wenn sich ein Gemeindeammann darüber beklagt, dass er diese 13 Fragen der Familie Steiner der Zeitung entnehme. Liebe Einwohnerräte, wo lesen wir denn die neuen Geschäfte des Gemeinderats, z.B. den Vorvertrag des Isler-Areals? Wo haben Sie das zum ersten Mal gesehen? Ich aus der Presse, am selben Tag. Wo sehen Sie den Finanzplan, das Budget, den Vorschlag? Jeden Morgen lesen Sie die Zeitung und am Abend kommen Sie nach Hause und sehen dann diese Geschäfte. Also wenn sich der Gemeindeammann darüber beschwert, er entnehme die 13 Fragen aus der Zeitung, so müssten sich alle 40 hier beschweren, wie sie die Geschäfte des Gemeinderats regelmässig zur Kenntnis erhalten. Und das finde ich einfach schlecht. Gut finde ich hingegen, dass man darüber überhaupt diskutiert. Man hat es ja sonst nicht so gerne, wenn man in die verschiedenen Bereiche Licht hinein bringt. Ich bin sehr froh, dass dies hier einmal passiert. Ich möchte noch zum Schluss an die Fraktionserklärung der SVP vom 10. Juni 2007 – wir sind ja oft die ersten, die etwas sagen, weil die anderen nicht so mutig sind – zurück erinnern. Was sagten wir damals? Wir sagten, wir hätten die Befürchtung, die Reputation des Gemeinderates und auch der Gemeinde nehme Schaden durch diesen Fall. Wir haben sogar das Wissen, Herr Präsident, dass ein Vertrauensverlust eingetreten ist. Wir sind der Auffassung, es bestehe Handlungsbedarf. Dazumal war die FDP noch anderer Meinung und deshalb freut es mich, die Fraktionspräsidentin sagen zu hören, dass sie sich uns anschliesst. Wir sagten damals, wir sähen als Möglichkeiten 5 Massnahmen, und zwar vom Rücktritt vom Herrn Külling bis hin zum Gespräch mit der Familie Steiner. Wir sagten nicht, was sie machen sollten. Vor schlugen nur 5 Massnahmen vor. Heute freut es mich, dass sich auch andere einer oder mehreren von uns vorgeschlagenen Massnahmen anschliessen können. Wir sagten bereits damals, dass ein Aussitzen falsch sei. Machen Sie das bitte nicht auf diese Weise. Erkennen Sie die politische Dimension.

Es ist ein politisches Problem, es ist eine Interessenkollision zwischen dem beruflichen Interesse und einem amtlichen Interesse. Wir hörten von Alain Thiébaud, dass es nicht um Formaljuristerei handelt. Schauen Sie die politische Dimension an und handeln Sie, denn es ist ein menschliches und kein juristisches Problem.

Meier Maja, Freis Wohle: Es wurde bereits viel gesagt. Ich möchte vor allem die Worte von Regula unterstützen und ihr meinen Dank aussprechen. Die ganze Geschichte der Familie Steiner trifft uns sehr und wir bedauern, dass die längst, fälligen Gespräche nicht stattgefunden haben. Der Gemeindeammann sagte, dass man aufpassen muss, was man macht, das heisst jedoch nicht, dass man gar nichts macht. Deshalb erwarten wir, dass der Gemeindeammann das Gespräch mit der Familie Steiner sucht und seine Führungsaufgaben übernimmt.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich beginne bei Maja Meier. In diesem Staat hat jedes Organ eine Funktion. Und wenn gewisse Probleme auftauchen, ist es nicht der Gemeinderat, der all diese lösen kann. Ich gehe lediglich auf zwei Sachen ein. Erstens: Der Vorwurf von J.P. Gallati der Interessenkollision weise ich in aller Deutlichkeit zurück. Zweitens: Sie sagen, Sie lesen die Berichte und Anträge, Finanzpläne, etc aus der Zeitung. Ich fragte den Gemeindegeschreiber und sie müssten demzufolge einen schlechten Briefträger haben. Es ist nämlich so, dass die Einwohnerratspost am gleichen Tag bei den Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte eintreffen sollte, wenn Sie auch bei den Medien eintrifft, d.h. also jeweils einen Tag vor der Publikation. Wenn das nicht der Fall ist, dann müsste man sofort wieder auf die Zustellung per A-Post umstellen. Aus Spargründen wird diese Post nämlich mit B-Post verschickt. Grundsätzlich sollte es so sein, dass Sie die Post am Donnerstag erhalten und am Freitag dies in den Zeitungen nachzulesen ist. Ich bitte Sie, Herr Gallati, nicht auf diese Tour solche Sachen in diesem Fall zu bringen. Sie als Jurist wissen ganz genau, was ein Jurist kann, darf bzw. nicht darf und ich wiederhole mich wieder, dass sich juristisch Herr Külling innerhalb des Gemeinderates korrekt verhalten hat. Ich möchte etwas noch ganz klar stellen, was auch in der Zeitung zu lesen war. Es wird immer erwähnt und der Bezug zwischen Harold Külling und Sozialvorsteher gemacht. Meine Damen und Herren mit Sozialvorsteher hat dies gar nichts zu tun. Das war, sofern es den Gemeinderat Wohlen betraf, ein Vormundschaftsfall und das Vormundschaftswesen ist ressortmässig mir unterstellt. Ich wiederhole, dass alle Mitglieder des Gemeinderates diese Akten gesehen haben und es gab intensive Diskussionen. Ich muss jegliche Unterstellungen an den Gemeinderat zurückweisen sowie auch den Vorwurf, dass wir nicht menschlich seien. Bei diesem Fall – und es tut mir leid – und bei dieser Problemstellung kann ich nicht helfen. Hier können auch Sie nicht helfen. Denn wenn Sie den Fall kennen, wissen Sie dass eine unterschiedliche Interessenlage innerhalb der gesamten Familie Steiner herrscht.

Fricker Matthias CVP: Unsere Fraktion hat sich gegen die Diskussion ausgesprochen und zwar aus folgenden Gründen. Wir sind ganz klar überzeugt, dass wir zu wenig Fakten haben, um über diesen Fall zu diskutieren. Wir kennen einen Teil aus der Zeitung, einen anderen Teil von Gesprächen der Dorfbewohner. Nichts von dem, was wir wissen, ist gesichert. Wir wissen, dass ein Verfahren hängig ist und es um eine Streitigkeit zwischen der Familie Steiner und dem Rechtsanwalt Külling geht. Wie dieser Fall enden wird, weiss auch die SVP nicht, das wissen wir alle nicht und schlussendlich ist es Sache des Richters, diese Angelegenheit rechtlich zu beurteilen. Was das Politische und das Moralische betrifft, schliesse ich mich der Aussage von Arsène Perroud an. Hier ist es Aufgabe des Stimmbürgers, sich ein eigenes Bild zu bilden und entsprechend bei den nächsten Wahlen zu entscheiden. Wir sind der Meinung, dass wir nicht in der Lage sind, seriös über diesen Fall zu diskutieren und zu entscheiden, da wir nur eine Seite kennen.

Benz Guido, CVP: Ich halte mich kurz. Ich unterstütze voll und ganz die Haltung von Regula Meier.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich empfinde es als bemühend, aber es ist nun mal einfach so mit der Postzustellung, wie ich es geschildert habe. Ansonsten kann es ja von den anderen 39 Anwesenden richtig gestellt werden, falls ich etwas Falsches gesagt habe. Zumindest im Luegisland oben wird die Post erst an dem Tag verteilt, wo es in der Presse erscheint. Im Übrigen gibt es ja noch E-Mails. Es wäre niemand wütend, wenn man die Berichte und Anträge kostenlos per E-Mail gratis 1-2 Tage vorher zugestellt bekäme. Nach meinen Kenntnissen – falls ich richtig informiert bin – hat Herr Steiner voriges Jahr einen Antrag auf materielle Hilfe gestellt. Heute zu behaupten, das sei kein Fall des Ressorts Külling gewesen, scheint mir doch etwas zu gewagt, wenn nicht falsch. Mehr äussere ich mich zu diesem Thema nicht.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Herr Gallati. Falls es so gewesen wäre – Sie haben ja alles dokumentiert – dann können Sie sicher sein, dass Herr Harold Külling im Ausstand gewesen wäre, und der damalige Vizeammann Dieter Gerber, der sein Stellvertreter war, dieses Geschäft geführt hätte. Sie wie auch Frau Spörri – welche neben Ihnen sitzt und Mitglied der Sozialkommission ist – wissen, dass Harold Külling auf das Einhalten der Ausstandregelung strikte Wert legt. Marlis Spörri, ist es so, oder nicht? Also Sie bestätigt es.

Hier ist die Diskussion erschöpft. Die Anfrage ist 11054 betr. Anwalt und Sozialvorsteher Harold Külling ist somit erledigt.

## Motion 11056 betr. Reduktion der Schulpfleger-Honorare

Steiner Landert Judith, SVP: Wir freuen uns, wenn der Gemeinderat unsere Motion entgegennimmt und uns, dem Einwohnerrat, den Antrag zur Umsetzung noch in diesem Jahr unterbreitet, damit die Honorarreduktion bereits 2008 eingeführt werden kann. Wir halten fest, dass eine wirkliche Entlastung der Schulpflegerinnen und Schulpfleger durch die Einführung der Schulleitungen erfolgt ist. Eine Reduktion der Entschädigung um 2/7 ist deshalb folgerichtig und hilft uns in unseren Sparanstrengungen.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Gerne gebe ich Ihnen die Meinung des Gemeinderates zur Motion 11056 für die Reduktion der Schulpfleger-Honorare bekannt. Ich muss hierfür allerdings ein bisschen ausholen. Am 07. Dezember 2006 hat die Schulpflege schriftlich beantragt, aufgrund der veränderten Aufgabenverteilung und der Belastungen nach der Einführung der Schulleitungen, die Anzahl der Schulpfleger von 7 auf 5 Mitglieder zu verkleinern. Es ist in der Tat so, wie es Frau Steiner Landert gesagt hat, dass sich die Aufgaben und Belastungen verändert haben. An der Sitzung vom 12. März 2007 hat Ihnen der Gemeinderat mit Bericht und Antrag diese Reduktion zur Beschlussfassung unterbreitet. Ich verzichte auf die Begründungen, denn sie sind im Einwohnerratsprotokoll der 9. Sitzung nachzulesen. In der Diskussion ist von den meisten Fraktionssprecher die politische Ausgewogenheit der Schulpflege in Vordergrund gestellt worden. Auch die SVP Fraktion verlangte und ich zitiere: „Die Schulpflege sollte politisch ausgewogen sein und die ganze Bevölkerung vertreten.“ Auf den Einwand, dass damit Kosten gespart werden könnten, hat Peter Tanner gemäss Protokoll entgegnet: „Heute habe ich gehört, dass ca. Fr. 50'000.— eingespart werden könnten, nicht Fr. 80'000.—. Auch das ist viel Geld. Wir von der SVP sind in der Schulpflege gar nicht vertreten. Zumindest uns kommt dies störend vor. Jetzt haben wir die Gelegenheit, dass wir dies allenfalls korrigieren können.“ Mit diesen beiden Voten hat auch die SVP klar signalisiert, dass für sie eine politische Ausgewogenheit dieses Gremiums wichtiger ist, als der mögliche Spareffekt. Kaum drei Monate später, am 6. Juni 2007, hat die SVP Fraktion jedoch ihre Meinung geändert. Sie hat die Motion 11056, Reduktion der Schulgeldhonorare eingereicht und wollte so den „Fünfer und das Weggli“. So geht dies leider nicht, Sie können nicht eine ausgewogene 7-köpfiger Schulpflege haben und dann die Rechnung dafür nicht begleichen. Es widerspricht jeglichem Grundsatz von Treu und Glauben, eine Behörde zu klaren Konditionen zu wählen und dann, während der Legislatur, die Spielregeln zu ändern. Aus diesem Grund ist der Gemeinderat nicht bereit diese Motion entgegen zu nehmen und wir empfehlen Ihnen, diese Motion nicht zu überweisen. Wir machen Ihnen den Vorschlag, dass Sie diese Motion zurückziehen und wir versprechen Ihnen, dass wir rechtzeitig auf die kommende Legislatur hin die Anzahl der Mitglieder von der Schulpflege nochmals neu prüfen werden.

*Ariane Gregor tritt in den Ausstand*

With Corinne, SP: Ich teile Ihnen die Fraktionsmeinung von der SP und Eusi Lüt und Grüne mit. Für uns steht fest, dass wir diese Motion nicht unterstützen werden. Die Schulpflegemitglieder sollen wie bis anhin entlohnt werden. Es gibt zum heutigen Zeitpunkt genügend Arbeit im Schulwesen mit all dem was auf uns zukommt. Es ist für unsere Fraktion unverständlich, dass die SVP eine solche Motion einreicht, obwohl sie am 12. März einstimmig einer Schulpflege mit 7 Mitgliedern zugestimmt hat. Das steht für uns einfach schräg da.

Brunner Franz, CVP: Ich teile Ihnen die Fraktionsmeinung der CVP Wohlen mit. Wir sind einstimmig gegen die Überweisung dieser Motion.

Begründung:

1. Die Schule steht im Moment vor grossen Herausforderungen. Zum Beispiel: Einführung des Bildungskleeblattes, Blockzeiten, Informatikkonzept. Es ist doch sinnvoller, wenn die Schulpflege ihre Aufgaben erfüllt und wir die Mitglieder dabei unterstützen.
2. Entschädigungen können wir nicht einfach während der Legislaturperiode ändern. Diese sind festgelegt und reglementiert.
3. Die SVP hat an der März-Sitzung selber gesagt, dass im Moment keine Reduktion von 7 auf 5 Mitgliedern in der Schulpflege zur Diskussion stehe. Und zwar, weil viele Entscheidungen anstehen. Warum soll denn jetzt eine Reduktion der Entschädigungen angebracht sein ?

Meier Maja, Freis Wohle: Unsere Fraktion wird mehrheitlich der Motion zustimmen, allerdings mit etwas gemischten Gefühlen. Einerseits ist es nicht der übliche Zeitpunkt, mitten in einer Amtsperiode die Honorare zu reduzieren. Und es ist nicht korrekt, dass dies nicht vorgängig vor den Wahlen kommuniziert worden ist. Allerdings gehen wir davon aus, dass dieses Amt nicht in erster Linie wegen den Honoraren angenommen wurde.

Andererseits wurde vor den Wahlen selbst von der Schulpflege kommuniziert, dass sich die Arbeit stetig verringern wird infolge Einführung der Schulleitungen und somit weniger Arbeit auf die einzelnen Schulpflegemitglieder fallen wird. Aus diesem Grund ist es für uns nachvollziehbar, dass nebst dem Arbeitskuchen auch der Honorarkuchen anders aufgeteilt werden soll.

Meier Regula, FDP: Die FDP Fraktion ist ganz klar gegen die Überweisung dieser Motion. Man kann nicht Leute für ein Amt gewinnen und dann plötzlich sagen, es müsse jetzt unter anderen Bedingungen weitergemacht werden. Die FDP ist jedoch nach wie vor klar dafür, dass die Schulpflege verkleinert wird.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Im Frühling dieses Jahres war es, als aus der Ecke der FDP, von Armin Geissmann und von Andrea Duschen, der Vorwurf kam, die SVP wolle nicht Sparen, sonst rede sie doch immer von Sparen. Damals wollten wir es aus politischen Gründen bei 7 belassen, damit wir auch vertreten sind. Und jetzt wo wir sparen möchten, eben mangels Arbeit, ist es auch wieder falsch. Eine Lohnänderung während eine Periode ist selbstverständlich möglich. Wir haben es in der Motion geschrieben. Bei der IBW wurde der Lohn ja auch herabgesetzt, zumindest wurde das so gesagt, als der Verwaltungsrat aufgestockt worden war. Da hat es geheissen, es koste nicht mehr, insgesamt verdienen alle gleich viel. Bei der IBW ging es, bei der Schulpflege geht es nicht, ich verstehe das nicht. Die Schulpflege selber, wie es Maja Meier bereits erwähnt hat, hat im Dezember 2006 gesagt, dass sie zu wenig Arbeit hätte für 7 Personen. Und das Bildungskleeblatt, Franz Brunner, hat Herr Huber nicht aufdiktiert, wie den Steuerfuss, das muss erst noch durch den Grosse Rat, bevor unsere Schulpflege es umsetzen darf. Also ich möchte, auch wenn der Bildungsdirektor von der CVP stammt, noch darauf hinweisen, dass da der Grosse Rat und vielleicht das Volk auch noch etwas dazu zu sagen haben. Wir haben problemlos die Möglichkeit, den Lohn der Schulpflegemitglieder der Arbeit anzupassen, um etwas anderes geht es nicht, und gleichzeitig können wir noch Sparen. Helfen Sie doch mit beim Sparen!

Huwiler Paul, Gemeinderat: Als wir im März über dieses Geschäft abgestimmt haben, war eigentlich jedem hier in diesem Raum klar, dass mit dem Verbleib bei 7 Mitglieder auch die Kosten von 7 Mitglieder bleiben werden. Wenn man in der Privatwirtschaft Leute anstellt, macht man einen

Arbeitsvertrag. In diesem Arbeitsvertrag ist geregelt, wie viel Lohn diese Person bekommt. Es ist vielleicht auch geregelt, wie lange der Arbeitsvertrag dauert. Und wenn man dann Leute angestellt hat und plötzlich merkt, dass man zu wenig Arbeit hat, kann man doch nicht hingehen und sagen: „Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Entschuldigung, wir haben uns geirrt, wir haben jetzt zu wenig Arbeit, wir bezahlen euch ab nächstem Monat 28,8% weniger Lohn“. Also das widerspricht doch einfach jeder Art von Treu und Glauben, wenn man unter bestimmten Voraussetzungen für ein Amt gewählt worden ist und sich zur Verfügung stellt und anschliessend wird alles auf den Kopf gestellt. Ich kann das nicht nachvollziehen.

Tanner Peter, SVP: Genau, Paul Huwiler, genau das wird gemacht. Wenn man feststellt, dass die Auslastung fehlt, ist das doch etwas Normales, man diskutiert auch über den Lohn. Was mir auch nicht plausibel erscheint, warum hatte man denn in der Mitte der Legislaturperiode die Anzahl anpassen können von 7 auf 5? Das ist doch ein Widerspruch!

Geissmann Armin, FDP: Werte SVP, ihr wolltet euren Kopf in die Schulpflege reinbringen, und ihr schneidet nun euren Kopf wieder selber ab. Ihr fallt euren eigenen Parteimitgliedern in den Rücken.

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Für mich ist diese Diskussion nicht ganz korrekt. Die 7 Schulpflegemitglieder, welche wir jetzt bestimmt haben im März, das war ein politischer Entscheid, zu dem ich heute noch stehe. Das ist vom Konzept her korrekt. Das man nun das Honorar mit dem Lohn vergleicht, wie es Paul Huwiler vorhin gemacht hat, ich weiss nicht, die bekommen offenbar etwas mehr Geld entschädigt als wir Einwohnerräte oder in der GPK. Ich weiss nicht, ob jemand hier drinnen ein solches Amt antritt, nur wegen dem Geld. Ich finde, dass man die Honorare reduzieren kann, ich unterstütze diese Motion.

Perroud Arsène, SP: Bei der Diskussion im Dezember über 7 oder 5 Mitglieder in der Schulpflege, wurde der Antrag des Gemeinderates und der Schulpflege abgelehnt. Nämlich aus zwei Gründen, der eine war ein politischer Grund, damit alle Gruppierungen vertreten sind, das haben wir jetzt. Der zweite Grund, und dieser ist nicht minder angeführt worden, vor allem von der SVP, dass es immer noch genau gleich viel Arbeit gibt wie vorher. Es ist nicht korrekt, wenn jetzt mit weniger Arbeit argumentiert wird.

## **Abstimmung**

Die Überweisung der Motion 11056 wird mit 21 Nein-Stimmen zu 11 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

**Dringliches Postulat 11067 zur Vermeidung eines Unfallrisikos auf dem Isler-Areal**

Tanner Peter, SVP: Gestützt auf dem Gemeinderätlichen Antrag hat die GPK, der Einwohnerrat und alle Stimmberechtigten mit 84 % Ja-Anteil zum Kauf des Isler-Areals Ja gesagt und so wurde es öffentlich. Statt die Planung durchzuziehen in der Gestaltungskommission, bei der ich Mitglied war, wurde dies plötzlich abgeklemt. Wir haben früher schon festgestellt, dass es Gefahrenquellen hat. Man hat diese aber, „aus den Augen, aus dem Sinn“, verloren. Kürzlich ist es anderen und mir aufgefallen, nicht zuletzt wegen dem Bünzhochwasser, dass folgende Gefahrenquellen existieren: Fast in der Mitte des Isler-Areals hat es eine Mauer mehr oder weniger in Quadratform. Auf der Aussenseite, der Seite mit der Wiese, ist die Mauer rundherum angeschützt. Wenn man da hinauf geht, beträgt die Differenz ca. 1 Meter. Ein kleiner Junge kann da jederzeit ungehindert hinaufklettern. Auf der anderen Seite geht es senkrecht 3 Meter hinunter. Wenn man sich das nicht angeschaut hat, kann man mein Postulat als nebensächlich betrachten. Aber schaut man sich das einmal vor Ort an, wird klar, dass da ein Junge, der hinunter gefallen ist, nicht einmal mehr hinauskommt. Auf der Innenseite, auch wieder vom Isler-Areal her Richtung Bünz betrachtet, ist keine Abschränkung vorhanden, dies ist die andere Gefahrenquelle. Auf der anderen Seite, beim Veloweg, ist ein Geländer montiert. Aber wie erwähnt, auf der Innenseite ist gar nichts. Fällt hier ein Kind hinunter, kommt es an der senkrechten Mauer nicht mehr hoch. Der Verkauf des Isler-Areals wird wohl nicht innert der nächsten 14 Tage stattfinden, aus diesem Grund kann sich die Gemeinde nicht länger erlauben ein solches Risiko einzugehen. Ich danke für die Überweisung dieses Postulats.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich möchte auf das Unfallrisiko eingehen. Das Bauamt hat eine Lagebeurteilung vorgenommen vor Ort, ein BFU Beauftragter hat es angeschaut sowie der Gemeinderat mit seinem eigenen Urteilsvermögen und wir sind zum Schluss gekommen, dass das Postulat nicht notwendig ist. Wir bitten Sie das Postulat abzulehnen.

Fricke Ronny, CVP: Grundsätzlich ist zu einem Postulat zu sagen, dass ein politisches Thema betroffen ist und in diesem Fall handelt es sich ganz sicher nicht um ein politisches Thema, sondern um eine einfache Anfrage an die Bauverwaltung. Zum Inhalt des Postulats, möchte ich sagen, dass die Brüstungshöhe des Betonmauerkranzes bei weitem in der Norm ist. Er liegt zwischen 1 Meter und 1.30 Meter. Das Ufer ist bewachsen, mit Dornenbüschen versehen, eigentlich schlecht zugänglich. Tatsache ist, dass das Gebiet beim Ufer, ausser von ein paar Jugendlichen, nicht genutzt wird. Es halten sich da keine Erwachsenen oder unbeaufsichtigte Kinder auf. Die Gemeinschaft soll oder darf nicht jedes mögliche Risiko absichern, es existiert auch noch die Selbstverantwortung. Wir können uns nicht vorstellen, dass die Gemeinde Wohlen haftbar gemacht werden könnte, sollte dort ein Mensch ins Wasser fallen und ertrinken. Der ganze Fall würde anders beurteilt werden, wenn dort z.B. ein Parkplatz realisiert wäre, der Platz also gebraucht und begangen würde, dann hätte die Bauverwaltung ganz sicher von sich aus ein Geländer anbringen lassen.

Meier Maja, Freis Wohle: Ich habe eine Anschlussfrage. Das Areal wird ja gebraucht als Parkplatz? Dann müsste man ja ein Geländer anbringen.

Fricke Ronny, CVP: Also wenn man es unten, in der Nähe bei der Bünz selbst, als Parkplatz erschliessen würde und nicht ziemlich weit davon entfernt. So habe ich es gemeint.

Unteregger Thomas, Freis Wohle: Ich glaube wir sind alle schon einmal im Schloss Hallwyl gewesen, nehme ich an. Dort hat es ein Geländer, welches nicht einmal BFU-konform ist, das ist offen. Dort kann tatsächlich jemand ertrinken. Also ich erachte dieses Postulat als unwichtig und vertraue hier tatsächlich auf die Leute, welche das vor Ort beurteilt haben.

Tanner Peter, SVP: Vielen Dank an Ronny Fricker, für seine Ausführungen. Ich gebe Maja Meier Recht, der Platz wird viel gebraucht. Ich möchte da an das WM-Studio erinnern, welches da über die Bühne gegangen ist. Die Brüstungshöhe ist etwas Relatives. Ich sage einfach, dort kann jeder auf diese Mauer und es geht gleich 3 Meter hinunter, ohne Möglichkeit sich festhalten zu können und man kann nicht mal mehr hinauf. Also wenn der BFU-Experte das als vernachlässigbar ansieht, dann gut. Ich bin, als Befürworter vom Isler-Areal, meiner Aufgabe vollumfänglich nachgekommen. Jeder weiss jetzt, dass dort eine Gefahrenquelle ist und das sich der BFU Beauftragte sowie der Gemeinderat foutieren mit berechtigten oder unberechtigten Begründungen.

### **Abstimmung**

Die Überweisung des Postulates 11067 wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Fischer Arthur, Präsident: Wir kommen zum Schluss der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 15. Oktober statt. Die einzigen beiden Traktanden werden sein, der Voranschlag 2008 und der Verkauf des Isler-Areal. Im November haben wir dann das Bifang und noch ein paar weitere offene Geschäft, so dass wir dann die letzte Sitzung etwas kürzer gestalten können. Ich wünsche einen schönen Abend.

Für das Protokoll

Arthur Fischer, Präsident

Peter Hartmann, Gemeindeschreiber